

Volksstimme

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Pommern-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zloty. Anzeigen unter Text 0,60 Zloty, von außerhalb 0,80 Zloty. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Abonnement: Vierteljährig vom 16. bis 31. 1. ca. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königschütt, Kronprinzstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto B. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielitz, Republikanska Nr. 41.
Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Vor Neuwahlen in England?

Das Kabinett Macdonald zum Rücktritt entschlossen — Die Liberalen gegen das Gewerkschaftsgesetz
Auflösung des Unterhauses und Neuwahlen in Sicht

Die französische Regierungskrise

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Paris, Ende Januar 1931.

Die einzige wenigstens einigermaßen linksgerichtete Regierung dieser im Jahre 1928 gewählten Kammer wurde von den Kommunisten gestürzt. Vor acht Tagen hatte der Ministerpräsident Steeg die Zustimmung der Kammer dazu erhalten, daß die beiden kommunistischen Abgeordneten Hauptmann Andreu Marty, der Held der Revolte der Schwarzmeerslotte, und Jacques Duclos aus dem Gefängnis befreit würden, in das sie vor Monaten wegen „Aufruf zur Revolution“ zum Ungehorsam überführt worden waren. Dem Kabinett war mit 293 gegen 283 Stimmen das Vertrauen verweigert worden. Unter diesen 293 Abgeordneten, die gegen Steeg stimmten, befinden sich auch die 11 Kommunisten, darunter Marty und Duclos. Die Reaktion, die dieser Regierung nichts schuldete, und die Kommunisten, die dieser Regierung die Befreiung ihrer beiden Führer schuldeten, haben gemeinsam das Kabinett Steeg gestürzt, während die Sozialisten gemeinsam mit der Radikalen Partei und mit verschiedenen Abgeordneten aus dem Zentrum des Parlaments für Steeg eintraten.

Die Sozialisten hatten stets beschlossen, das Kabinett Steeg nicht etwa systematisch zu unterstützen, so wie sie im Juni 1924 die „Unterstützungspolitik“ gegenüber dem ersten Herriot-Kabinett einleiteten, sondern nur von Fall zu Fall sollte ein Stimmen für das Kabinett Steeg stattfinden können.

Die Frage des Getreidepreises, über die das Kabinett Steeg gefallen ist, war ja ziemlich plötzlich aufgetaucht, und selbst die schärfsten Gegner des Kabinetts hatten noch vor wenigen Tagen überhaupt nicht die Möglichkeit erwogen, daß ausgerechnet die Frage, ob der Zentner Getreide 170 oder 175 Franken kosten solle, zum Sturze der Regierung führen könne. Victor Boret, der Landwirtschaftsminister, hatte über die Maßnahmen, welche die Regierung für die Getreidepreise ergreifen wollte, überall offen gesprochen, während die vorangegangene Regierung Tardieu in den sieben Fällen, in denen sie auf den Preis des Getreides einwirkte, ihre Maßnahmen stets zunächst geheimhielt, um so eine Spekulation zu verhindern.

Bis vor wenigen Tagen hatte man allen Grund anzunehmen, daß die Regierung Steeg erst bei der Beratung des Budgets des Innen- und des Kriegsministeriums in Gefahr kommen könne. Die Sitzung des Nationalrats der sozialistischen Partei Frankreichs vom 18. Januar hatte keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Sozialisten gegen die Geheimkredite des Innenministeriums und gegen das Budget des Kriegsministeriums stimmen würden (obwohl der Sozialist Paul Boncour in einem Artikel, den er in der sozialistischen südfranzösischen Zeitung veröffentlicht hatte, diese Einstellung absolut bekämpfte). An sich hätte dann die Regierung Steeg in dem Moment, in dem sie der 107 sozialistischen Stimmen links verloren ging, demissionieren müssen, wenn sie nicht zum Ausgleich für diesen Fortschritt andererseits wieder rechts neue Stimmen hätte für sich aufbringen können. Maginot, der frühere Kriegsminister Poincarés und Tardieus, ein Gegner der Regierung Steeg, hatte nun plötzlich in einem Interview, das er der Pariser Mittagszeitung „Paris-Midi“ gab, erklärt, er werde als guter Patriot bei der Beratung des Budgets des Kriegsministeriums für dieses und damit also indirekt hierbei für Steeg stimmen. Es hatte bereits alle Berechnungen der Parlamentsstrategen über den Haufen geworfen, daß Maginot, wobei man annahm, auch Tardieu und Poincaré teilen seine Ansicht, bei der Budgetberatung die Interessen des Vaterlandes ritterlich über alle Parteizwänge hinweg zu stellen bereit war. Durch den plötzlichen Sturz der Regierung Steeg ist also auch den Rechtsleuten ein größerer innerer Konflikt erspart worden. Die Kommunisten haben gut gearbeitet.

Kurt Lenz.

Der älteste Journalist der Welt gestorben

103 Jahre alt.

London. James Cochrane, der älteste Journalist der Welt, ist am Sonntag in Cheltenham, im Alter von 103 Jahren gestorben.

London. Das englische Kabinett hat sich, wie Informationen der Londoner Presse besagen, zum Rücktritt und zur Ausschreibung von Neuwahlen entschieden, falls am Mittwochabend gelegentlich der 2. Lesung des neuen Gewerkschaftsgesetzes das Unterhaus gegen die Regierung stimmen sollte. Die Mehrheit der Arbeiterpartei über die Konservativen beträgt 26 Stimmen. Die Liberalen haben sich offiziell entschieden, an der Abstimmung nicht teilzunehmen, jedoch kann erwartet werden, daß eine gewisse Anzahl von 10—15 den Einwendungen Sir John Simons gegen das Gesetz Gehör schenken und gegen die Regierung stimmen wird. Andererseits ist es möglich, daß auch eine gewisse Anzahl entgegen der von Lord George ausgehenden Parole sich auf die Seite der Regierung stellt. Unter diesen Umständen ist der Ausgang der Abstimmung, die vielleicht eine der wichtigsten der gegenwärtigen Sitzungsperiode ist, sehr zweifelhaft. Die Regierung macht sich über den Ernst der Lage keine Illusionen, hofft aber natürlich auf eine ihr günstige Entscheidung, sei es auch nur mit einer geringen Mehrheit.

54 000 Personen von April bis Dezember in Indien verhaftet

London. Während des indischen Unabhängigkeitsfeldzuges sind wie die Regierung in der gesetzgebenden Versammlung in Neu-Delhi bekanntgab, in der Zeit vom April bis Dezember 1930 54 000 Personen festgenommen worden. 20 000 davon wurden wegen des Verstoßes englischer Waren und Einschüchterung der Bevölkerung festgesetzt. Ungefähr 11 000 mußten nach einer entsprechenden Entschuldigung wieder freigelassen werden.



Macdonald

Der englische Ministerpräsident Macdonald, dessen Kabinett sich zum Rücktritt entschlossen hat für den Fall, daß bei der zweiten Lesung des neuen Gewerkschaftsgesetzes am 28. Januar das Unterhaus gegen die Regierung stimmen sollte.

England und Oberschlesien

Nicht mit leeren Händen nach Genf zurück — Die Londoner Presse zu Genf — Die Lösung als befriedigend bezeichnet

London. Das Ergebnis der Völkerbundsratsitzung ist nach Ansicht des „Daily Herald“ (Arbeiterpartei) ein Triumph für den Völkerbund, der sich um einen Ausdruck der „Times“ zu gebrauchen, als ein vorzüglicher Stoßfänger erwiesen habe.

Zu den Beschlüssen über die deutsche Minderheit in Oberschlesien meldet der Sonderberichterstatter des „Daily Herald“ ergänzend,

daß Henderson dem polnischen Vertreter klar zu verstehen gegeben habe, im Mai nach Genf nicht etwa mit leeren Entschuldigungen oder mit Ausflüchten zurückzukehren. Der Bericht müsse vielmehr den Tatsachen auf den Grund gehen und

geeignete Reformen und Abänderungsmassnahmen für die Verwaltung von Oberschlesien enthalten.

Aus dem Artikel der „Times“ geht hervor, daß sie anscheinend einen Rücktritt von Dr. Curtius nicht für wünschenswert hält. Dr. Curtius habe eine schwere Aufgabe gehabt, er dachte aber der in Deutschland ausgesprochenen Kritiken habe er dagegen übersehen, daß es für Deutschland das Beste sei, seinem polnischen Widersacher keine unmöglichen diplomatischen Anzuchtigkeiten zu bereiten.

Auch der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ fragt, ob nach dem Erfolg, den Dr. Curtius gehabt habe, sein Rücktritt im Hinblick auf die Forderungen der Oppositionsparteien noch notwendig wäre. Man müsse dies abwarten. Wenn Curtius vorsichtigerweise die deutsch-polnische Grenzfrage nicht aufgerollt habe, so habe hierbei wohl die Ueberlegung mitspielen, daß die Revision des Youngplanes die wichtigere Frage sei, und daß man nicht zuviel Probleme auf einmal aufwerfen solle.

Henderson über das Genfer Ergebnis

London. Außenminister Henderson erklärt nach seiner Rückkehr aus Genf einem Vertreter der Presse:

„Ich sehe die oberschlesische Regelung, die der Rat am Sonnabend zustandegebracht hat, als ein Ergebnis von der größten Bedeutung und als ein bemerkenswertes Zeugnis für die zunehmende Macht des Völkerbundes an. Diese Regelung wird, wenn sie auch ausgeführt wird, und ich vertraue darauf, daß dies der Fall sein wird, viel dazu beitragen, eine der ernstesten Ursachen der Reibungen in Osteuropa zu beseitigen.“

Unter der Ueberschrift

„Gerechtigkeit für Oberschlesien“

schreibt „Manchester Guardian“ über die in Genf getroffene Regelung in seinem Leitartikel:

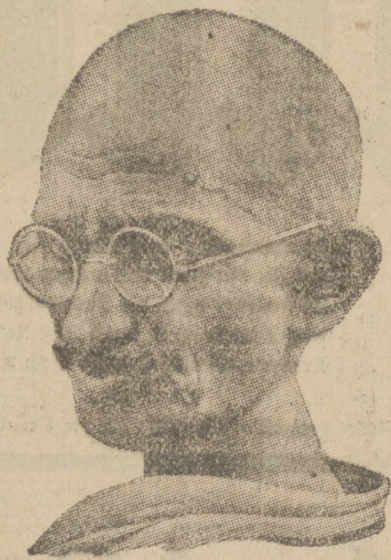
„Der letzte Sonnabend war ein großer Tag in der Geschichte des Völkerbundes. Die Behandlung der deutschen Minderheit in Oberschlesien war ein Präzedenzfall für die Abnahme des Völkerbundes in der Frage der verschiedenen nationalen Minderheiten. Dieser Angelegenheit war besondere Bedeutung dadurch verliehen, daß die Beschwerden von der deutschen Regierung selbst unterbreitet worden seien. Der Völkerbundsrat, der beinahe das Vertrauen der Minderheiten verloren hatte, hat endlich bewiesen, daß er eine Kraft ist, mit der man rechnen müsse. Die Entscheidung des Rates wird vielen anderen unterdrückten Minderheiten neue Hoffnung geben.“

Forderungen des Allen Bergarbeiterverbandes

Vorwort. Die freigewerkschaftlichen Bergbauindustriearbeiterverbände haben an die Reichsregierung eine von dem Verbandsvorsitzenden, Reichstagsabgeordneten Husemann, gezeichnete Eingabe gerichtet, in der die Regierung darauf hingewiesen wird, daß mit dem Lohnabbau der von der Regierung erstrebte volkswirtschaftliche Nutzeffekt nicht erreicht worden sei und daß die allgemeine Ausfuhr der Kohlenpreissenkung hinter dem Sage der Lohnsenkung zurückgeblieben sei. Die Regierung wird ersucht, die Kohlenpreissenkung der Lohnsenkung gleichzustellen. Die Arbeiter würden ein Verlagen des Preisabbaues einem Verlagen der Staatspolitik gleichsetzen. Weiter wird die unverzüglich: Inangriffnahme der Sanierung der Knappheitsbeiträge verlangt und die Regierung aufgefordert, den Ausgleich des Knappheitsbeitrages über den Reichshaushalt herbeizuführen. Gefordert wird die Hilfe der Reichsregierung, um den katastrophalen Folgen im Bergbau Einhalt zu gebieten. Die Arbeitszeitkürzung bedeute eine Notmaßnahme, um die Ueberflutung des Arbeitsmarktes zurückzubringen. Was mit den Mitteln der Tarifpolitik nicht möglich gewesen sei, müsse jetzt mit den Mitteln der Staatspolitik nachgeholt werden. Von der Regierung werde erwartet, daß sie alles daran setze, diesen Notruf gebührend zu behandeln.

Großer Freudenkaumel über die Freilassung Gandhis

London. Die Bekanntgabe von der bevorstehenden Freilassung Gandhis und der übrigen Kongreßmitglieder hat in ganz Indien die größte Aufregung und Begeisterung hervorgerufen. Mächtige Menschenmengen strömen in Bombay zu dem Viktoriabahnhof in dem Glauben, daß Gandhi jeden Augenblick ankommen könne. Obgleich die Eisenbahnbehörden Anschläge veröffentlicht haben, daß über den Zeitpunkt



M. K. Gandhi

seiner Ankunft nichts bekannt sei, dauert der Zustrom der Menge stetig an. Auf der Börse hat der Beschluß der Regierung sofort einen Aufschwung zum Besseren bewirkt. Alle wichtigen Papiere stiegen um 20 v. H. an. Pundit Jawaharlal Nehru, der Präsident des allindischen Kongresses, der den Ungehorsamsfeldzug als erster praktisch in die Tat umsetzte, ist einer Meldung der „Central News“ zufolge aus dem Gefängnis entlassen worden. Auch der Sekretär Gandhis, Mahadon Desai, und ein weiteres Mitglied des Arbeitsausschusses des Kongresses wurden in Freiheit gesetzt. Bei den Gefängnisbehörden von Puna ist bisher jedoch noch keine Anweisung eingetroffen, Gandhi freizulassen. Was im Gefängnis vorgeht, wird vorläufig noch geheimgehalten. Der Montag ist gewöhnlich Gandhis Wehrtag und Personen glauben, daß er aus diesem Grunde am Montag das Gefängnis nicht verlassen wird. Frau Meeng, die im Gefängnis von Yeravda sitzt, hat bereits ihre Sachen gepackt; jedoch ist auch noch nicht die Anweisung zu einer Freilassung eingetroffen.

Das indische nationalistische Blatt „Liberte“ fordert eine allgemeine Amnestie.

Faschistischer „Erfolg“

Die Dase Austra von italienischen Truppen besetzt.

Rom. Die italienischen Kolonialtruppen haben nach heftigen Kämpfen die Dase Austra, den wichtigsten Stützpunkt der Senussi besetzt und am 21. Januar die italienische Flagge in Et Tag gehißt. Die Austra umfaßt ein Gebiet von etwa 55 Quadratkilometern. Ihr Mittelpunkt ist etwa 800 km südlich der libyschen Küste gelegen. Bei dem Gefecht mit den Aufständischen haben die Italiener zwei Leutnants und zwei Marsis verloren, 16 Marsis sind verwundet worden. Der Gegner hat auf dem Schlachtfeld 100 Tote, 13 Gefangene, 100 Gewehre und zahlreiche Munition zurückgelassen. Der Vormarsch der italienischen Truppen erfolgte in zwei Kolonnen und dauerte etwa 21 Tage. Am 19. Januar stellte sich der Gegner, der über etwa 400 Mann verfügte, zum Gefecht, wurde aber nach drei Stunden zurückgeworfen. Auf italienischer Seite griffen Panzerautos und Flugzeuge mit Erfolg in das Gefecht ein. Die Aufständischen sind in Richtung auf Ägypten geflohen und wurden von italienischen Kamelreitern über 200 km weit verfolgt. Nach der Einnahme des Fezzan ist die Eroberung der Austra der wichtigste Erfolg Italiens in Lybien. Die Austra hatte bis zum Jahre 1879 kein Europäer betreten. Der erste war damals der deutsche Forscher Gerhard Rohlfs. Nur wenige andere Forscher sind seither den Spuren Rohlfs' gefolgt. Die Austra, die Italien zugesprochen war, war aber bisher nur auf der Karte italienisch, da die italienischen Kolonialtruppen von einigen Patrouillen und Bombenflügen abgesehen, noch nicht soweit vorgestoßen waren.



Wieder ein deutscher Sportlehrer für China

Der Berliner Leichtathlet Günther Kleinhans, der auf — vorläufig — ein Jahr an die Universität Nanjing verpflichtet wurde und Deutschland bereits in wenigen Tagen verlassen wird. — Es ist anzunehmen, daß für diese Berufung die guten Erfahrungen ausschlaggebend gewesen sind, die die chinesische Universität Nankin mit dem deutschen Mittelstreckenläufer Herbert Böcher gemacht hat, der seit über einem Jahre dort als Sportlehrer wirkt.

Zurück zu Wien?

Der österreichisch-ungarische Freundschaftsvertrag unterzeichnet — Der Inhalt des Vertrages Graf Bethlen über die Bedeutung der Zusammenarbeit

Berlin. Wie die „Vossische Zeitung“ aus Wien meldet, ist bei Gelegenheit der jetzigen Anwesenheit des ungarischen Ministerpräsidenten in Wien am Montag ein neuer österreichisch-ungarischer Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag abgeschlossen worden, der den im Jahre 1923 abgeschlossenen ersten Vertrag ergänzt.

Wien. Der gelegentlich des Besuches des ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen in Wien am Montag mittag unterzeichnete Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag zwischen Österreich und Ungarn umfaßt 22 Artikel. Nach dem neuen Uebereinkommen werden Streitigkeiten aller Art, die zwischen den beiden Staaten entstehen sollten und nicht auf diplomatischem Wege geschlichtet werden können, einem gerichtlichen

oder schiedsgerichtlichen Verfahren unterworfen, dem ja nach den Umständen ein obligatorisches oder fakultatives Vergleichsverfahren vorangehen wird. Anschließend wurde Graf Bethlen vom Bundespräsidenten Miklas empfangen. In einer Besprechung des ungarischen Ministerpräsidenten mit dem Vizekanzler Schöber wurden die bei den Zusammenkünften am Montag vor-mittag allgemein behandelten Fragen im einzelnen besprochen. Es handelt sich besonders um wirtschaftliche Fragen, sowie um Fragen, die mit der kommenden Abrüstungskonferenz im Zusammenhang stehen. Am Abend fand beim Bundeskanzler Ender ein Essen statt. Die beiden Staatsmänner brachten Trinksprüche aus, in denen das freundschaftliche Verhältnis zwischen beiden Staaten betont wurde.

Die neue französische Regierung

Das Kabinett Laval fertig — Ministerium der großen Koalition — Briand wieder Außenminister Tardieu Rückkehr — Keine sichere Mehrheit

Paris. Laval hat am Montag seine Besprechungen fortgesetzt und hintereinander die Führer fast sämtlicher Kammergruppen sowie verschiedene Senatoren empfangen. Aus den Erklärungen, die sowohl Laval selbst als auch verschiedene Parlamentarier abgegeben haben, geht hervor, daß an eine geschlossene Mitarbeit der Radikalsocialisten in der neuen Regierung nicht zu denken ist. Andererseits besteht jedoch Aussicht, daß ein Teil der Gruppe Daladier bereit ist, die Regierung zu unterstützen. Auch kann Laval mit der Mitarbeit der radikal-socialistischen Senatoren rechnen, die der Disziplin der Parteigruppe nicht unterworfen sind. Es scheint daher nicht ausgeschlossen, daß in der neuen Regierung einige radikal-socialistische Persönlichkeiten vertreten sein werden, wie das bekanntlich bereits im Kabinett Tardieu der Fall war.

Laval ist es im Laufe der Nacht gelungen, ein Kabinett zu bilden. Gegen 3 Uhr wurde amtlich folgendes Ministerliste bekannt gegeben:

Ministerpräsident und Innenministerium: Laval.
Justizministerium und Vizepräsidentenschaft: Leon Berard.
Außenministerium: Briand.
Kriegsministerium: Maginot.
Kriegsmarineministerium: Charles Dumont.
Luftfahrtministerium: Dumesnil.
Finanzministerium: Flandin.
Haushaltsministerium: Pietri.

Handelsministerium: Kollin.
Handelsmarineministerium: de Chappedelaine.
Landwirtschaftsministerium: Tardieu.



Chef der neuen französischen Regierung wurde Senator Pierre Laval.

Litauen, Polen und Deutschland

Lubels über Rowno's Außenpolitik — Mit Ausnahme Polens, Freundschaft mit allen Nachbarn Die Memelfrage keine Ursache zur Feindschaft mit Berlin — Ein Programm großer Hoffnungen

Riga. Der litauische Ministerpräsident Lubels, der zur Zeit in Riga zu Besuch weilte, äußerte sich am Sonntag vor Vertretern der Presse u. a. über die außenpolitische Lage Litauens. Es könne festgestellt werden, daß Litauen zu allen seinen Nachbarn freundschaftliche Beziehungen unterhalte, mit alleiniger Ausnahme seines südlichen Nachbarn Polen, mit dem wegen Nichterfüllung von Verträgen und wegen des bekannten Abenteuer des polnischen Generals Jeligowski (Wilna) die Beziehungen bisher nicht geregelt werden konnten. Die Klage Deutschlands über die Verletzung des Memelstatuts werde häufig so gedeutet, als ob zwischen Deutschland und Litauen Meinungsverschiedenheiten bestünden. Es handele sich hier aber nur um Fragen rechtlicher Charakter, nicht um eine Zuspitzung der politischen oder wirtschaftlichen Beziehungen. In den Beziehungen Litauens zu Sowjetrußland bleibe alles beim alten. Was die Beziehungen zu Polen angehe, habe die litauische Regierung keine Veranlassung, ihre bisherige Politik zu ändern. Zur innerpolitischen Lage könne gesagt werden, daß in der letzten Zeit dem Konflikt mit der katholischen Geistlichkeit eine allzu große Bedeutung beigegeben werde. Die Haltung der Regierung könne sowohl in politischer als auch in rechtlicher Beziehung als wohl begründet angesehen werden. Daher habe die Regierung keine Veranlassung, ihre Stellungnahme zu ändern.

Die öffentliche Meinung Litauens stimme ganz übereinstimmend der Haltung der Regierung zu, und auch unter der Geistlichkeit sei die Stellungnahme zu dieser Angelegenheit nicht einheitlich. Daher könne erwartet werden, daß diese Frage, die durch Mißverständnis entstanden sei, geregelt werden würde.

Besprechungen über Parlamentsreform

Berlin. Zur Vorbereitung des Zusammentritts des Reichstages am 3. Februar wird, wie der „Börserkurier“ berichtet, voraussichtlich im Laufe der Woche zwischen den Parteien eine engere Fühlungnahme stattfinden, bei der die vom Reichspräsidenten Loeb formulierten Anregungen zur Parlamentsreform erörtert werden sollen. Dabei werde u. a. auch zur Aussprache gestellt, daß ähnlich dem Beispiel in anderen Staaten Anträge, die finanzielle Aufwendungen erfordern, nur dann gestellt werden dürfen, wenn gleichzeitig damit Anträge verbunden sind, die die Deckung dieser Ausgaben vorsehen. Weiter gehen die Pläne dahin, Maßnahmen zu treffen gegen den Mißbrauch der Immunität durch Reichstagsabgeordnete, die gleichzeitig als verantwortliche Redakteure zeichnen und auf diese Weise ihre Blätter dem gesetzlichen Zugriff entziehen.

Erfolge der chinesischen Kommunisten

London. Die chinesischen Kommunisten haben die Stadt Atanku wiedererobert. Berichten des „Observer“ aus Schanghai zufolge treffen die früheren Meldungen über die

Entsendung von 200 000 Mann Regierungstruppen nicht zu; General Ho habe nur eine Division gegen die Kommunisten entsandt, die geschlagen worden sei. Es würde jetzt eine zweite in Marsch gesetzt, die zwar von deutschen Militärachverständigen ausgebildet sei, aber noch keine Kriegserfahrungen habe.

Schweres Eisenbahnunglück bei Groningen

Außerdem. Am Montag abend gegen 19 Uhr fuhr ein von der deutschen Grenze kommender Personenzug etwa 150 Meter vor dem Bahnhof Groningen auf einen Güterzug auf. Der Zusammenstoß war so heftig, daß sich mehrere Wagen des Personenzuges ineinanderstießen und vollständig zertrümmert wurden. Drei Fahrgäste wurden getötet, zwei schwer verletzt. Sechs Reisende und Eisenbahnangestellte trugen leichtere Verletzungen davon. Mehrere Fahrgäste mußten aus den Trümmern herausgelagt werden. Soweit bisher bekannt geworden ist, befinden sich unter den Verunglückten keine Deutschen.



Licht aus Kochsalz

Professor Dr. Polanyi

vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Physikalische Chemie in Berlin hat eine Lampe konstruiert, die mit Kochsalz zum Leuchten gebracht wird. Das neue Verfahren besteht in dem Zusammenführen von Chlor und Natrium in Form von Dämpfen in einem luftleeren Raum. Die Lichtausbeute soll ungemein hoch sein.

Polnisch-Schlesien

Der Kriegsgefangene mit drei Müttern

Welche ist die richtige?

Das Leben schreibt einen Roman. Im September v. J. schilberten wir in einem Artikel die Leiden eines russischen Kriegsgefangenen, der durch eine fast 1½-jährige Fußwanderung über Österreich und Deutschland, endlich seine Heimat Bogutisch erreicht. Weiteren Nachforschungen gelang es, auch die Eltern des Zurückgekehrten zu ermitteln. Ein findiger Pressephotograph lancierte die Abbildung des Wiedergefundenen in verschiedene größere Zeitungen mit der üblichen sensationellen Aufmachung. Und dies war dem Johann Michalski sein Fluch. Am vergangenen Montag erschien eine Frau Hudzinski aus Boischow, Kr. Pleß, bei der Familie Michalski und reklamierte den Johann als ihren Sohn. Sie fand auch die Unterstützung der Polizei, welche die Ermittlung eingeleitet hatte und nahm der überraschten Familie M. ihren Sohn weg. Die Familie M. hatte den geistig nicht ganz normal Wiedergekehrten durch ärztliche Behandlung und einer außerordentlich guten Krankenpflege während der fünf Monate wieder hochgebracht und leitete bei der Militärbehörde mit Erfolg seine Militärrente ein. Auf Grund des Militärrentenscheins stimmten alle Angaben über erlittene Verwundungen des Johann Michalski, jetzt August Hudzinskiowski vollständig überein und doch soll der Johann M. nicht der Johann M. sondern der August H. sein. Bei seinem Eintreten in die Familie M. erkannte der Johann seine beiden noch lebenden Eltern an und begrüßte die Mutter ganz besonders herzlich. Als aber die Frau Hudzinski aus Boischow auf dem Plan erschien, begrüßte er diese gleichfalls als seine Mutter ebenso herzlich. Da es aber aller guten Dinge bekanntlich drei gibt, meldete sich jetzt noch aus Polen eine Dame, welche auf Grund der Zeitungsabbildungen behauptet, daß dieser Johann M. bestimmt ihr Sohn wäre. Dieser dritte Fall hat sich noch nicht restlos aufgeklärt und ist in der Schwebe.

Jetzt dürfte wohl die Militärbehörde das letzte Wort haben und sich dieser Angelegenheit ernstlich annehmen, denn die Militärrente muß doch wohl an den richtigen Johann M. gezahlt werden. Die Familie Michalski aber hat sich in anerkennenswerter Weise längere Zeit eines bedauernswerten Menschen angenommen, der ihr durch eine unglückliche Verfehlung von Umständen wieder entzissen wurde. Es war des Schicksals Lauf.

Dieser wahrheitsgetreue Vorfall ist einer der vielen Kriegsnachwirkungen. So manche betübte Mutter erwartet noch ihren einzigen Sohn, von dem keine endgültige Nachricht vorliegt. Die latonisch kurze Mitteilung des Truppenteils „Bermittelt“ läßt in so manchem Mutterherzen allerlei Hoffnungen offen. Der Ertrinkende greift nach dem Strohalm. In diesem Falle erwarten drei Mütter ihren Sohn und keine wird ihn vielleicht wieder lebend finden. Der Unglückliche selbst, weiß in seiner geistigen Verwirrung gar nicht einmal, wer er ist. Man muß sich immer wieder fragen, wie er auf seinen ersten Namen Johann Michalski kam? Dann gibt es doch aber auch eine Stimme des Blutes, die angeblich sprechen soll, hier aber anscheinend verjagt hat. Verjagt hat aber desgleichen die Verzeihung, denn eine ernsthaftige Beobachtung oder die Durchführung einer Blutprobe, hätten bestimmt das Geheimnis gelüftet. Jedenfalls bleibt die Frage offen, ob es sich um einen Johann Michalski oder August Hudzinski, im vorliegenden Falle handelt und diese Frage wird beantwortet werden müssen.

Winte für Betriebsräte

So schwer es uns fällt als Sozialisten über dieses Thema in den Spalten des „Volkswille“ zu schreiben, ist es doch von Bedeutung, in der gegenwärtigen Krise den Betriebsräten einige Winke zu geben. Schließlich müssen wir als Oberschlesier dafür sorgen, daß den eigenen Landsleuten Brot und Arbeit nicht weggenommen wird. Wie wir erfahren, soll die Silesia-Hütte in Lipiny eingestellt werden, auch ein Teil der Schellenhütte bei Siemianowitz soll stillgelegt werden. Diese Betriebe beschäftigen einen großen Teil Arbeiter aus Kongresspolen, Polen und Galizien. Sucht ein Oberschlesier in den genannten Gebieten Beschäftigung, so wird ihm offen erklärt, sie nehmen keinen Oberschlesier an. Auch die Behörden in den genannten Gebieten stehen auf demselben Standpunkt. Dies beweist ein Fall der vor kurzem in Oswiecim passierte. Die Firma Müller vom Rattowitzer Schachthaus, war gezwungen einige Arbeiter zu reduzieren. Unter denen, ein braver alter Mann, der schon 30 Jahre bei ihr beschäftigt war. Herr Müller wollte diesen Menschen nicht entlassen, sondern schickte ihn in seine Geburtsort Oswiecim als Portier. Die dortigen Behörden stellten sich auf den Standpunkt, dem Manne keine Beschäftigung zu geben, weil er ein Oberschlesier ist. Was macht man bei uns in Oberschlesien und wie stellen sich unsere Behörden zu den großen Arbeiterreduzierungen auf den Gruben und Hütten?

Unsere Betriebsräte steht das Recht zu, bei solchen Reduzierungen laut Betriebsratsgesetz ein Wort mitzureden. In erster Linie müßten sie ein Augenmerk auf diejenigen Leute richten, die in Polen oder Kongresspolen Wirtschaften besitzen und bei uns beschäftigt sind. Sollten sich die ober-schlesischen Behörden auf denselben Standpunkt stellen, wie die Körperschaften in den kongresspolnischen Gebieten, so wäre dem ober-schlesischen Volke viel geholfen. So mancher arme Familienvater könnte seine alte Arbeitsstätte von neuem betreten, wenn alle auswärtigen Arbeiter zur Entlassung gezwungen würden. Hoffentlich werden diese Zeiten manchem Betriebsrat ein Unsporn sein, die Reduzierungen von Oberschlesiern möglichst zu verhindern. Denn warum soll bei uns das alte polnische Sprichwort heißen: „Du meinst, so auch ich Deinen Juden, nicht gleichfalls Geltung haben.“

Nach dem „Sieg“ in Genf

Der „Gaz“, das Organ der polnischen Schlächter, die im Sanacjalager sitzt, hat noch vor der Tagung des Völkerbundes geschrieben, daß ohne Rücksicht darauf, wie die Völkerbundbeschlüsse in Genf ausfallen wird, das Verhältnis der Behörden zu der deutschen Minderheit in Schlesien einer Revision unterzogen werden muß. Allerdings berichtet auch der „Gaz“ aus Genf über einen Sieg der polnischen These. Ganz entgegengelegter Meinung ist der polenfreundlich gesinnte Publizist William Martin, der im „Journal de Ge-

Die „Bat“ und der „ober-schlesische Freistaat“

Die Oberschlesier und der ober-schlesische Freistaat — In den deutschen Kreisen Oberschlesiens erwärmt sich dafür niemand — Wir haben genug der Grenzpfähle — Wir halten an der ober-schlesischen Autonomie fest

Ohne, daß es uns in den Sinn gekommen ist, sind wir in eine leidenschaftliche Debatte über den ober-schlesischen Freistaat geraten. Was ist das, der ober-schlesische Freistaat? Wer will denn einen ober-schlesischen Freistaat haben? Die „Kreuzzeitung“ hat berichtet, daß

Korantny und der schlesische Klerus den ober-schlesischen Freistaat vorbreiten

und daß dieser Freistaat sich aus Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien zusammensetzen soll. Deutsch-Oberschlesien gehört zu Deutschland und Polnisch-Oberschlesien gehört zu Polen. Sollte ein ober-schlesischer Freistaat geschaffen werden, könnte das nur mit Einwilligung der beiden Staaten geschehen. Deutschland müßte auf Deutsch-Oberschlesien und Polen müßte auf Polnisch-Oberschlesien verzichten, denn anders wäre das gar nicht möglich. Die Dinge liegen doch aber so, daß weder Deutschland, noch Polen auf die erwähnten Landesteile verzichten wollen, ja, sie denken nicht einmal daran, und damit ist die Sache erledigt.

Wir gesehen, daß noch in der Plebiszitzeit von einem ober-schlesischen Freistaat die Rede war. Damals stand ganz Oberschlesien unter Okkupation der alliierten Truppen und bildete noch ein einheitlich verwaltetes Gebiet. Die Verwirklichung solcher Absichten, einen ober-schlesischen Freistaat zu schaffen, lag damals im Bereich der Möglichkeit. Aber die Oberschlesier haben sich für den ober-schlesischen Freistaat nicht erwärmen können.

Der deutsche Bevölkerungsteil wollte davon nichts wissen und die Polen auch nicht.

Erst als die Bolschewisten Warschau bedroht haben, tauchte in den polnischen Kreisen der Gedanke auf, eventuell einen ober-schlesischen Freistaat zu schaffen, denn man wollte an Deutschland nicht angelehert werden und die Unabhängigkeit Polens war durch den Vormarsch der Bolschewisten bedroht. Nach dem polnischen Sieg an der Weichsel sprach man in polnischen ober-schlesischen Kreisen nicht mehr über den ober-schlesischen Freistaat. Nach der Aufteilung Oberschlesiens wurde zwar für den ober-schlesischen Separatismus viel Propaganda, wenigstens in Polnisch-Oberschlesien, getrieben, aber dieser Separatismus fand bei dem ober-schlesischen Volke keinen Anklang.

Es soll nicht geleugnet werden, daß sich zu beiden Seiten der ober-schlesischen Grenze Personen befinden, die mit dem heutigen Zustande nicht einverstanden sind, die einen, weil sie sich zurückgelehrt fühlen und andere wieder, weil sie in ihrem Fortkommen geschädigt wurden.

In deutschen Kreisen denkt man an den ober-schlesischen Freistaat nicht

und wir als Sozialisten vertreten den Standpunkt, daß wir ohnehin viel zu viel Staatsgrenzen haben und bei jeder Gelegenheit

neue“ sagt, daß der Volksbund dem Minister Jaleski einen großen Dienst erwiesen hat, indem er ganz bescheidene Forderungen stellte, die sich der Minister zunähme machte und ihre Erfüllung versprochen hat. Im polnischen Lager ist man allgemein der Ansicht, daß alles vorgekehrt werden muß, um einem solchen „Sieg“, wie der, den Polen in Genf errungen hat, künftighin vorzubeugen.

Der Sanacjanachwuchs für Brest

Den höheren Elementen im Sanierungslager mißfällt die Taktik, welche die maßgebenden Faktoren in der Brest-Sache angeht. Die maßgebenden Faktoren der öffentlichen Meinung gewählt haben. Besonders dem Nachwuchs, den Söhnen sanierter Würdenträger, den Heidenkandidaten von der „Legion Mobny“ (einer Abzweigung der Großmacht-Liga) sagt es nicht zu, daß man sich gewissermaßen um Brest herumdrückt. Der Hieb ist die beste Parabe — meinen die jungen Akademiker. Sie glauben es schon begriffen zu haben, daß Machtmenschen — und das wollen sie sein — eine separate Mentalität haben müssen. Und was ist überhaupt Moral? ... Die Großmacht-Jungen haben sich also entschlossen, zu Brest Ja! zu sagen! Während die Väter noch immer nicht wissen oder nicht glauben wollen, was dort in Brest eigentlich vorgegangen sei und schließlich zufrieden wären, mit einem kleinen Bedauern darüber hinwegzuspringen, wenn man sie an den Rückschlägen nicht festhielte, stehen die Jungen auf, um den Altsen zu zeigen, wie man es besser machen kann. Brest wird verurteilt? Es gibt Leute, die sich wegen Brest schämen? Wie dumm!

Ist es nicht gescheiter, den Spieß umzudrehen und vermittels einer kinderleichten Umwertung der Werte Brest ein positives Vorzeichen zu geben, es zu glorifizieren und in die Offensiv überzugehen. Brest sei eine Schmach? Im Gegenteil: eine Heldentat, ein glänzendes Ereignis, jawohl. Und diejenigen, welche protestieren, sind Schurken oder Werkzeuge von Schurken.

Auffallende Demissionen in Warschau

Der Staatsanwalt bei dem Warschauer Appellationsgericht in Warschau, Herr Rudnicki, hat zum zweiten Male ein Gesuch an den Staatspräsidenten gerichtet, in welchem er um die Enthebung vom Amte bittet. Wie in unterrichteten Kreisen berichtet wird, steht das Gesuch des Staatsanwalts mit Brest im Zusammenhang. — Auch der erste Richter in Polen, Präses des Appellationsgerichts, Herr Slupinski, hat ein Bittgesuch um Enthebung vom Amte eingereicht. — Die polnische Presse teilt mit, daß der Polizeikommissar, der die Mithandlung Liebermanns im Walde nach seiner Verhaftung vorbereitet hat, Andruschewicz heißt und im 11. Polizeikommissariat in Warschau amtiert.

Staatenlose sollen im polnischen Heere dienen

Durch eine Verfügung des Kriegsministers müssen Personen, deren Staatsangehörigkeit sich nicht genau feststellen läßt (Staatenlose) genau so wie polnische Staatsbürger im polnischen Heer Dienste leisten. Gleichzeitig wird aber betont, daß derartige Personen keinen Anspruch auf die Zuerkennung der polnischen Staatsangehörigkeit dadurch erlangen. — Eine größere Ungerechtigkeit kann es gar nicht geben. Wer in den polnischen Soldatenrock gekleidet wird, dem sollte man, schon aus Gerechtigkeitsgründen, auch die polnische Staatsangehörigkeit zuerkennen.

mit der Nase an einen Grenzpfahl stoßen. Die Grenze kann ohne unzählige Formalitäten und Geldauswendung leider nicht überschritten werden und wir möchten

freie Weltbürger

sein, die sich in der ganzen Welt ungehindert bewegen können. Schließlich wäre ein ober-schlesischer Freistaat aus wirtschaftlichen Gründen ein nicht lebensfähiges Gebilde und bei der heutigen Zollpolitik, die in Mitteleuropa üblich ist, würde er kurz nach seiner Entstehung zum Spielball und Bajonettstaat des einen oder des anderen Staates werden. Darüber sind sich alle Oberschlesier im Klaren und deshalb redet man über den ober-schlesischen Freistaat nicht.

Was die polnischen Kreise in Oberschlesien anbetrifft, so können wir darüber nichts Positives sagen. Gewiß ist die polnische Opposition von dem Sanacjalsystem ebensowenig erbaut, wie wir, aber das beweist gar nichts. Das Sanacjalsystem dürfte sich bald überleben, desgleichen auch die von ihr angewendeten Methoden, die allen anständigen Menschen bereits zum Hals heraushängen.

Die Meldung der „Kreuzzeitung“, die auch sofort von der „Polnischen Telegraphen-Agentur“ aufgegriffen wurde, daß Korantny mit dem Klerus und dem deutschen Reichstagsabgeordneten über die Schaffung eines ober-schlesischen Freistaates verhandelt hat, wurde durch die maßgebenden Personen

sogar dementiert

und zwar in Deutschland und in Polen. Sie war zweifellos eine Macho von gewissen Kreisen gewesen, die ein Interesse daran hatten, Korantny zu diskreditieren und ihm gegen ihren Willen eine Reklame gemacht haben. Wir nehmen nicht an, daß sich Korantny für einen ober-schlesischen Freistaat erwärmen könnte. Als Politiker war Korantny vor dem Mariumsturz erledigt gewesen und seinen Aufstieg hat er lediglich der Sanacja zu verdanken. Sie war, es, die ihn auf das hohe Ross gesetzt hat und ist weiter bemüht, seinen guten Ruf zu steigern, wozu selbstverständlich die letzte Patenmeldung über seine Bemühungen um den ober-schlesischen Freistaat, beitragen wird. Wenn der liebe Gott strafen will, dem nimmt er den Verstand, so auch hier. Im ober-schlesischen Freistaat wäre kein Platz für die Sanacja und ein zweites politisches Gebilde, das für den Ruhm Korantnys Sorge tragen würde, dürfte kaum entstehen. In einem eventuellen ober-schlesischen Freistaat müßte der Stern Korantnys erblaffen. Das weiß Korantny genau so gut, wie wir das wissen und aus diesem Grunde sehnt er sich kaum nach einem ober-schlesischen Freistaat. Das, was wir verlangen, ist die

schlesische Autonomie.

Diese wollen wir ausbauen und an ihr festhalten.

Der Rattowitzer Staatsanwalt dienstlich nach Warschau gereist

Die „Polska Zachodnia“ meldet, daß der Rattowitzer Staatsanwalt Totarzowski dienstlich nach Warschau gereist ist. — Vor der Verhaftung Korantnys ist der Staatsanwalt auch dienstlich in Warschau gewesen.

Weitere Subventionen des Wojewodschaftsamtes

Seitens des schlesischen Wojewodschaftsamtes wurden für die Volksküchen innerhalb des Landkreises Rattowitz weitere Subventionen in Höhe von 6000 Zloty bewilligt. 2.

Polens Volksabstimmungs-Schulden

Im Zusammenhange mit der Ratifizierung der im Youngplan vorgesehenen Verträge und Abmachungen wird sich der Sejm demnächst mit einem Abkommen beschäftigen, das die Tilgung der sogenannten Volksabstimmungsschulden bei Frankreich, England und Italien vorsieht. Diese Schulden, die sich aus den Unterhaltungskosten der Besatzungstruppen dieser drei Mächte ergeben, wurden vom Haager Schiedsgericht auf 50 Millionen Reichsmark festgesetzt.

Nach Abrechnung der bereits geleisteten Anzahlungen schuldet Polen aus diesem Titel Frankreich 178 Millionen Franken, England 604 000 Pfund und Italien 38 Millionen Lire. Diese Schulden sind entsprechend dem getroffenen Uebereinkommen im Laufe von 35 Jahren zu zahlen.

Gute Aussichten für die Konzeptionspatrioten

Die bisherigen Konzeptionen für Salz wurden aufgehoben. Sie laufen zwar noch bis 1. Juli, aber es ist damit zu rechnen, daß keiner von den bisherigen Konzeptionären eine Verlängerung der Konzeption erhält. Als Konzeptionäre kommen nur privilegierte Personen in Frage, und die sitzen in dem Aufständischenverband. Die Nachricht über die Aufteilung neuer Konzeptionen hat im Aufständischenverband eine freudige Erregung hervorgerufen, was schließlich begreifbar erscheint, denn eine Konzeption für einen Monopolartikel verschafft eine sichere Existenz. Daher ist die Zahl derjenigen, die sich um die Konzeptionen bemühen werden, ansehnlich. Die Konzeption wird in acht Stellen verliehen, denn in einem jeden Kreise muß sich ein Salzlager befinden. Nach der Anordnung des Finanzministeriums soll die Konzeption nur Kriegs- bzw. Aufstandsbeschädigten erteilt werden. Doch wird aus Königschütze gemeldet, daß sich dort um die Konzeption ein gewisser N. bemüht, der kein Invalide ist.

Vom Arbeitsmarkt

Nach einer Mitteilung des Rattowitzer Landratsamtes wurden in der letzten Berichtswoche innerhalb des Landkreises Rattowitz insgesamt 11 691 Arbeitslose registriert. Es entfielen auf die Stadt Myslowitz 1330 Erwerbslose, ferner auf die Gemeinde Bielschowitz 777, Chorzow 411, Siemianowitz 1988, Nowa Wies 1123, Koschowitz 673, Rosdzin-Schoppinich 1356, Janow 1011, Sobotnolohütte 312 und auf die kleineren Gemeinden 2700 Beschäftigungslose. Unter den registrierten Arbeitslosen befanden sich 2661 Frauen. Bei den Beschäftigungslosen handelte es sich um 1901 Grubenarbeiter, 484 Hüttenarbeiter, 984 Metallarbeiter, 877 Bauarbeiter, 397 qualifizierte und 6539 nichtqualifizierte Arbeiter, ferner 6 Landarbeiter und 503 Kopfarbeiter. Die wöchentliche Unterstüßung gelangte an 4481 Erwerbslose zur Auszahlung. 2.

Der Verein der polnischen Rechtsanwälte geschlossen

Der Regierungskommissar der Stadt Warschau hat die Schließung und Versiegelung der Vereinigung polnischer Juristen angeordnet. Als Grund dieser Maßnahme wird die Verletzung der Vorschriften des Statuts der Vereinigung angegeben, die dadurch erfolgt sei, daß Beschlüsse mit ungeprüften politischen Tendenzen gefaßt wurden, in denen die amtliche Tätigkeit des Justizministers Michalowski (er leitete als Staatsanwalt die Brester Affäre ein) kritisiert wurde. Dadurch sei die Rechtsvorschrift deutlich verletzt worden; denn der Minister trage für seine amtliche Tätigkeit ausschließlich die konstitutionelle bzw. parlamentarische Verantwortung.

Tätigkeitsbericht der Volks- und Milchföhen

Durch die Volksföhen innerhalb des Landkreises wurden an 5903 Arbeitslose und Ortsarme zusammen 120 469 Mittagsportionen verausgabt. Die Unterhaltungskosten betrugen 16 981.21 Zloty. Die Summe konnte bis auf einen Restbetrag von 902 Zloty gedeckt werden. — Im Monat Dezember v. J. kamen ferner durch die Milchföhen im Landkreis Kattowik an 171 Mütter und 964 Kinder 31 203 Milchportionen zur Verteilung. Die Kosten betrugen 8 718.44 Zloty. Die Restsumme, in Höhe von 185.— Zloty, soll im nächsten Monat einen Ausgleich erfahren.

Kattowik und Umgebung

Unglücksfall einer Eisläuferin. Am Sonntag ereignete sich auf der Kunstseilbahn an der ulica Bankowa ein weiterer Unglücksfall. Dort kam die 19jährige Regina Wolner aus Kattowik so unglücklich zu Fall, daß sie einen Beinbruch erlitt. Mittels Auto der Rettungsfaktion wurde die Verunglückte nach dem städtischen Krankenhaus geschafft.

Autozusammenprall. Auf der ulica Mikolowska in der Nähe der „Peter-Paul-Kirche“ kam es zwischen zwei Personenautos zu einem Zusammenstoß. Beide Kraftwagen wurden leicht beschädigt. Schuld tragen beide Chauffeure, welche schnell gefahren sind.

Mehr Vorsicht beim Umgehen mit offenem Licht. Die städtische Berufsfeuerwehr wurde nach der ulica Zabrzka 16 alarmiert, wo in den Kellerräumen Feuer ausgebrochen war. Dort geriet Stroh, sowie aufgestapeltes Holz in Brand. Das Feuer konnte in kurzer Zeit mittels Schlauchgang gelöscht werden. Wie es heißt, soll das Feuer durch Unvorsichtigkeit einer Nachbarin verursacht worden sein.

Mit Nachschlüssel und Zettel. Zur Nachtzeit wurde in die Räume des „Instituts Sztuk Pięknych“, auf der ulica Plebiscyntowa 34 ein Einbruch verübt. Die Täter erkletterten das Fenster und drangen auf diesem etwas ungewöhnlichem Wege in das Innere. Dort öffneten sie mittels Nachschlüssel verschiedene Türen zu den Nebenzimmern. In einigen Fällen wurden die Schlösser gewaltsam erbrochen. Die Eindringlinge durchsuchten sämtliche Schubladen und Fächer nach Geld bzw. Wertgegenständen. Sie hatten jedoch Pech, da sie nichts Wertvolles vorfanden. Enttäuscht mußten die Einbrecher wieder abziehen.

Einbruch bei der Kunstseilbahn. In der Nacht zum Sonnabend wurde in die Büroräume der Verwaltung der Kunstseilbahn ein Einbruch verübt. Die Täter stahlen dort u. a. eine Schreibmaschine, Marke „Royal“, Nr. 10-1. 322 448, eine eiserne Geldkassette im Ausmaße 30x20 cm, enthaltend 306,83 Zloty, einen Weisel, ausgestattet auf 4 500 Zloty unterschrieben mit dem Namen Sikorski und Kalesinski, zahlbar 1. Juni 1931, eine Versicherungspolice der Gesellschaft „Poznansto-Marszawski Ligo Twa Ubezpieczenia“, mit der Nummer 22 270, ein Stempel mit der Aufschrift „Stenskie Tow. Pzawarskie“, einige Wechselformulare über 2 und 3 Tausend Zloty, ferner Stempelmarken, Kassenscheine und Quittungen vom 23. Januar d. Js. Der Gesamtschaden wird auf 1600 Zloty geschätzt. Den Einbrechern gelang es mit

der Diebesbeute unerkannt zu entkommen. Die Polizei warnt vor Ankauf der Wertpapiere. Nach den flüchtigen Tätern wird polizeilichereits gefahndet.

Ausbruch aus dem Kattowitzer Gefängnis. Einen waghalsigen Fluchtversuch aus dem Gefängnis an der ul. Mikolowska unternahm am helllichten Tage der Strafgefangene Antoni Jędrzej. Der Gefangene hatte nach mühevoller Arbeit die Gitter seines Zellenfensters durchgelagert. Der Sträfling ging hierbei so geschickt zu Werke, daß der Gefängniswärter bei seinen Kontrollgängen keine verdächtigen Geräusche vernahm. In einem unbewachten Moment führte Jędrzej seinen Fluchtplan aus. Er schlüpfte durch die Fensteröffnung in den Hofraum. Von hier aus überkletterte der Strafgefangene die Gefängnismauer, um auf diese Weise zu entkommen. Jędrzej hatte jedoch kein Glück, da ihm schon ein Schutzmann, welcher gerade zu dieser Zeit Dienst tat, auf den Fersen war. Der Ausreißer war bei dem plötzlichen Anruf des Beamten sehr überrascht, und gab den weiteren Fluchtplan auf. Es erfolgte die Wiedereinführung des Strafgefangenen ins Gefängnis.

Zawodzie. (Beim Schweißen verunglückt.) In den Vormittagsstunden des gestrigen Montags ereignete sich in der Schweißerei der „Herrmannwerke“ ein schwerer Unglücksfall. Dort war der Arbeiter Paul Zeller aus Kattowik mit dem Schweißen von Rohren beschäftigt. Plötzlich entzündeten der nebenanliegenden Säureflasche Gase, so daß der junge Mann schwere Vergiftungen durch Einatmung erlitt. In bewußtlosem Zustande wurde der Verunglückte nach dem Barmerheiligen Bräderkloster in Begleitung überführt.

Zelense. (Verzweiflung eines Arbeitslosen.) Von einem Arbeiter wurde in den Nachmittagsstunden des gestrigen Montags auf einem Feldwege in der Nähe der Kleophaggrube eine Mannesperson in bewußtlosem Zustande aufgefunden. Mittels Sanitätsauto wurde der Unbekannte nach dem städtischen Spital geschafft. Nach den inzwischen eingeleiteten Feststellungen handelt es sich um den Czelaw Szajdel, ohne ständigen Wohnsitz, welcher bereits seit längerer Zeit arbeitslos ist. Weiter heißt es, daß Sz. Selbstmord versuchte durch Einnahme von Salzsäure. Bittere Not sollen das Motiv zur Tat gewesen sein.

Eigenau. (Generalversammlung der D. S. A. P.) Die erste Versammlung in diesem Jahr, war verhältnismäßig gut besucht. Nach Verlesung des Protokolls, ergriff Genosse Kaima das Wort zu einem ausführlichen Referat über die augenblickliche politische Lage im großen Rahmen. Die Diskussion ergab verschiedentlich anregende Gedanken einzelner Genossen. Darauf forderte Genosse Kaima auf, eifriger das Parteiorgan den „Volkswillen“ zu abonnieren, da die Mitgliederzahl fast dreimal so groß ist, als die Verlegerzahl. Infolge der unsicheren politischen Verhältnisse, sind im vergangenen Jahre nur 6 Versammlungen und 7 Vorstandssitzungen abgehalten worden. Aus der Neuwahl gingen hervor als 1. Vorsitzender Genosse Kaima, 2. Vorsitzender wurde Genosse M. o. j. Schriftführer G. o. m. b. i. k., Kassierer S. t. a. j. e. k., 1. Revisor Iwan Wiegulek und S. t. r. z. e. h. a. Der Schluß der Sitzung war für die Aufnahme neuer Mitglieder bestimmt. Es wurden mehrere Neuaufnahmen vorgenommen.

Eigenau. (Bei den Bergbauindustriearbeitern.) Am letzten Sonntag fand in der Eigenauer Ortsgruppe des Bergbauindustriearbeiterverbandes die diesjährige Generalversammlung statt, die 7 Punkte umfaßte. Die Kassenaufrechnung ergab einen Gesamtbetrag von 1289 Zloty. An Kurzarbeiterunterstützungen wurden gezahlt 316 Zloty, an Arbeitslosenunterstützungen 416 Zloty und an Krankenunterstützungen 66 Zloty. Die Mitgliederbewegung war zu Beginn des Jahres rückläufig, am Jahresende dagegen nahm die Mitgliederzahl zu, so daß die Zahl aus dem Vorjahr überschritten ist. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: 1. Vorsitzender G. o. m. b. i. k.; die anderen Vorstandsmitglieder sind B. a. l. u. c. h., P. l. o. t. n. i. k., W. i. e. s. c. h. o. l. l. e. k. und R. o. l. l. Darauf schloß sich ein Referat über die letzten Lohnverhandlungen an, welches vom Gewerkschaftssekretär N. i. e. t. s. c. h. gehalten wurde. Die Anwesenden werden ferner aufgefordert, sich einen künftigen Lohnabbau auf den Gruben durch Reduzierung von einer Arbeiterkategorie in eine niedrigere, wie z. B. vom Häuer zum Lehthäuer, nicht gefallen zu lassen, sondern sich sofort an ihre Gewerkschaft zu wenden, die dann den Schlichtungsinstanzenweg beschreiten wird. Ebenso werden Verheiratete, die bei ihren Eltern wohnen, aufgefordert, das volle Quantum an Freizeiten zu

verlangen, da diesbezüglich bereits günstige Schiedsprüche vorliegen. Bei den kommenden Betriebsratswahlen auf Kopania „Polsta“, wird eine Einheitsliste der Bergbauindustriearbeitervereine aufgestellt, die an die Arbeitsgemeinschaft und von dort an die Regierungsbehörden geleitet werden soll. Die Resolution lautet: „Die in Eigenau tagende Bergbauindustriearbeiterversammlung, fordert von den Regierungsstellen, Maßnahmen zu ergreifen, um eine gerechte Verteilung der Kohlenlieferungen zu treffen. Es geht nicht gut an, daß verschiedene Gruben, wie die Starboferm, Hohenloherwerfe usw. ohne Unterbrechung und Schichtenausfall fördern, während andere Gruben Feierlichkeiten einlegen müssen. Dies bedeutet eine einseitige Schädigung großer Arbeiterkreise, die entschieden verhindert werden muß. Die Versammelten regen an, einen Staatskohlenrat zu gründen, der eine gerechte Verteilung der Kohlenlieferung durchzuführen soll.“

Königshütte und Umgebung

Todesfall. Der Oberrechnungsführer und Knappschaftsälteste der Werkstättenverwaltung Josef Bed ist im Alter von 52 Jahren nach einer kurzen Krankheit an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben. Der Verstorbene, welcher 35 Jahre in den Diensten der Vereinigten Königs- und Laurahütte stand, erfreute sich bei allen einer hohen Verehrung und Achtung. Besonders beachtet war er bei der Belegschaft der Werkstättenverwaltung sowie bei den Invaliden und Witwen, denen er ein treuer Freund und Berater zu jeder Zeit gewesen ist.

Aufholung der Kurzarbeiterunterstützungen. Alle diejenigen Arbeiter, die außerhalb der Stadt wohnen und während der Stilllegung der Hütte nicht gearbeitet haben, sollen sich zum Empfang der Kurzarbeiterunterstützungen bei ihren zuständigen Arbeitslosenämtern melden.

Blutige Schlägerei am Güterbahnhof. Am Sonntag in der 1. Nachstunde kam es vor der Einfahrt zum hiesigen Güterbahnhof an der ulica Pocztowa zu einer folgenschweren Schlägerei. Mehrere angeheftete Personen überfielen die diensttuenden Eisenbahner Porombia und Prokto und mißhandelten sie. Prokto erhielt von einem der Angreifer mit einem Taschenmesser einen tiefen Stich, der sofort seine Entlassung in das Krankenhaus notwendig machte. Die polizeiliche Ermittlung führte zu der Festnahme von 5 Personen, von denen nach erfolgter Vernehmung Konrad Gasda und Josef Osisko bis zur endgültigen Aufklärung in Haft behalten wurden. G. erklärte den Überfall dadurch, daß sie im Vorbeigehen mit Steinen beworfen wurden und die beiden Eisenbahnbeamten als die Täter gehalten haben. Inzwischen wurden die Verhafteten aus der Haft entlassen und ein gerichtliches Verfahren eingeleitet.

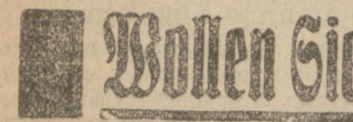
Vom Auto überfahren. An der Ecke ulica Wolnosci-Christy wurde die Frau Viktoria Kuch von der ulica Hajduda 51 von dem Personenauto Sl. 9172 überfahren. Nach Angaben der zum Glück Leichtverletzten trifft die Schuld den Autofahrer.

Eine Seltenheit. Im Polizeikommissariat 2, stellte sich der Chauffeur Josef Brandys aus Kattowik und gab an, mit seinem Personenwagen in der Nähe des Wasserturmes an der ulica Bytomska einen Mann überfahren zu haben. Der Überfahrene wurde von ihm mittels desselben Wagens in das Knappschaftslazarett gebracht. Die Verletzungen sollen nicht schwerer Natur sein. Die Personalien des Mannes konnten noch nicht festgestellt werden.

O, diese Weiber! Im Hause an der ulica Parcemia 10, führten Streitigkeiten zwischen 2 Mietern zu einem unerquicklichen Zwischenfall. Während der Abwesenheit des Johann Pawelczel demollierte eine Frau Marie M. mit einer Axt die Wohnungstür des P. und beschimpfte außerdem die hinzugekommene Ehefrau in beleidigender Weise. Strafanzeige wurde erstattet.

Im Wartesaal bestohlen. Einem gewissen Stanislaw Markelli aus Posen wurden während dem Aufenthalt in der 3. Wartekasse des hiesigen Bahnhofes von einem unbekannten Täter eine Brieftasche mit 70 Zloty Inhalt und verschiedenen Papieren gestohlen.

Ein untreuer Reisender. Bei der Polizei brachte die Inhaberin des Bildergeschäftes, Frau Marie Gorny von der ulica Pawla 4 zur Anzeige, daß ihr der früher als Reisende tätige August G. aus Kpnitz einen Geldbetrag von 340 Zloty unterschlagen hat.



Wollen Sie kaufen oder verkaufen? Angebote und Interessen verschafft Ihnen ein Inserat im „Volkswillen“

Das Gesetz der Vier

The Law of the Four Just Men.
Von Edgar Wallace.

Ins Deutsche übertragen von Ravi Kapendro.

22)

„War er in Mr. Ballams Opiumhöhle?“ fragte Gonzalez interessiert.

In diesem Augenblick hob sich der Vorhang wieder, und sie konnten ihre Unterhaltung nur noch flüsternd fortsetzen.

„Das wissen wir nicht genau. In seinem Delirium hat er allerdings Ballams Namen erwähnt. Wir haben alles getan was in unseren Kräften stand, um es herauszubringen. Ballam ist Tag und Nacht beobachtet worden. Alle Lokale, die er besucht hat, haben wir durchsucht, aber wir haben nichts gefunden, was ihn irgendwie belosten könnte.“

Leon Gonzalez hatte seine besonderen Eigentümlichkeiten. Morgens um neun Uhr beim Frühstück war er am lebhaftesten und leistungsfähigsten. Am nächsten Morgen legte er die Zeitung hin und fragte:

„Was ist eigentlich Verbrechen?“

„Mein lieber Professor,“ sagte Manfred feierlich, „das will ich dir sagen. Es ist die Abweichung von den Gesetzen, welche die menschliche Gesellschaft beherrschen.“

„Das ist eine abgerissene Erklärung. Mein lieber George, um neun Uhr morgens bist du immer etwas fabel. Hätte ich dich um Mitternacht gefragt, so hättest du mir geantwortet, daß jede Handlung ein Verbrechen ist, die abhichtlich bösen Nachbarn verletzt oder schädigt. Wenn ich die Sache noch genauer bestimmen und, wie man sich hierzulande ausdrückt, juristisch definieren wollte, würde ich hinzusetzen, „die gegen das Gesetz verstößt.“ Auf ein aufgeklärtes Verbrechen kommen wohl zehntausend unentdeckte. Die Leute nennen eigentlich nur diejenigen Übertretungen Verbrechen, die von einer gewissen Klasse von ungebildeten oder halbgebildeten Verurteilten oder Halbverurteilten begangen werden. Hier liegt doch eine ganz gemeine Tat vor, ein ungeheuerliches Verbrechen. Wir haben hier einen Mann, der die Lebenskraft junger Menschen zerstört und ihr Glück erbarmungslos mordet.

Hier ist einer, der Männer und Frauen in den Schmutz zieht, sie in ihren eigenen Augen herabsetzt und allen Ehrgeiz, alles Aufwärtstreben in ihnen tötet, nur damit er in einem gewissen Luxus leben, schneideweisse Wäsche tragen, teure Weine trinken und die feinsten Lederbüßen essen kann.“

„Wen meinst du denn eigentlich?“ fragte Manfred.

„Er wohnt Nr. 993 Fernyn Street, er ist sozusagen unser Nachbar.“

„Ach so, du sprichst von Mr. Ballam?“

„Allerdings“, erwiderte Gonzalez ernst. „Heute Abend werde ich als ein ausländischer Artist ausgehen und mir viel Geld in die Tasche stecken. Ich habe die Absicht, mich auf Tod und Leben zu amüsieren und ich zweifle nicht, daß ich früher oder später dabei mit Mr. Ballam zusammentreffe. Sehe ich eigentlich wie ein Detektiv aus, George?“ fragte er unvermittelt.

„Du siehst eher wie ein genialer Moviervirtuose aus“, sagte George.

Gonzalez rümpfte die Nase.

„Du kannst sogar morgens um neun Uhr schon recht unausgesprochen sein.“

Die Verbrecher haben mit zwei Gesichtsmomenten zu rechnen, wenn sie darauf ausgehen, schnell und leicht zu Reichtum zu kommen. Zunächst besteht das Risiko der Entdeckung und Bestrafung sowohl für wohlhabende als für arme Verbrecher, und außerdem können sie viel Geld verlieren, das sie angelegt haben, um sich damit noch größere Summen anzueignen. Der Verbrecher, der Geld in sein Geschäft steckt, läuft Gefahr, entdeckt zu werden. Aus diesem Grunde werden gewöhnlich auch nur die Mittellofen und die Dummen gefaßt und zur Verantwortung vor den Richter gezogen, während die Wohlhabenden selten oder nie auf der Anklagebank sitzen.

Mr. Gregory Ballam hatte früher bei einer Auktion drei Häuser in der Montague Street, Portland Place, gekauft. Sie standen nebeneinander und bildeten einen Block für sich. Das erste war als Bürogebäude vermietet; ein Rechtsanwalt hatte das Erdgeschoß belegt, im ersten Stock befanden sich die Räume eines Wein- und Spirituosenhändlers. Der zweite Stock enthielt eine Reihe einfacher Zimmer, in denen Mr. Gregory Ballam seine Geschäfte abwickelte. Außerdem benutzte er auch das Kellergeschoß, das er vollständig hatte ausbessern und herrichten lassen. Hier war, wenn auch gerade nicht ein komfortables, so doch nettes und sauberes Lager angelegt. Durch den Keller konnte man unter an-

derem auch zu einer neuen Garage kommen, die für einen Teilhaber Mr. Ballams eingebaut worden war.

Nur die Bauarbeiter, die bei den Reparaturen beschäftigt waren, wußten, daß man auch von einem Haus in das andere gelangen konnte, und zwar durch eine Tür im Keller, die schon vor dem Verkauf der Häuser bestand, oder durch einen neuen Zugang in den Büroräumen Mr. Ballams.

Das dritte Haus beherbergte die Räume des Internationalen Artistenklubs. Die Polizei war Mr. Ballam niemals dorthin gefolgt, weil er niemals dorthin gegangen war, wenigstens nicht durch den vorderen Haupteingang. Der Artistenklub hatte unter seinen Räumen auch einen „Ruhe Salon“, und hier war Mr. Ballam manchmal erschienen, als ob er ein Zauberer wäre. Er hatte dann eine kleine, ausgewählte Gesellschaft getroffen und sie durch eine wohlverborgene Seitentür in das Erdgeschoß des Mittelhauses geführt, welches das anscheinlichste der drei Gebäude war. Hübsche Gardinen hingen an allen Fenstern. Hier wohnte Mr. Raymond, ein älterer, achtbarer Herr mit seiner Frau.

Es war seine Gewohnheit, jeden Morgen um zehn Uhr ins Geschäft zu gehen. Sein blühplanker Zylinder saß dann immer etwas kühn auf dem Kopf, unter dem Arm schaute ein zusammengegerollter Regenschirm hervor und im Knopfloch prangte eine Blume. Die Polizei kannte ihn von Ansehen, und die Polizisten des Bezirks grüßten ihn durch Anlegen der Hand an den Helm. In früheren Zeiten hatte dieser Mr. Raymond einen prächtigen, weißen Bart und bezog ein verhältnismäßig hohes Einkommen, indem er Briefe schrieb und leichtgläubige, mißfällige alte Damen besuchte, um ihren Geldbeutel zu erleichtern. Damals führte er allerdings einen ganz anderen Namen und genoß auch nicht den guten Ruf, dessen er sich in der Montague Street erfreute. Aber jetzt war er glattrasiert, sah aus wie ein pensionierter Admiral und erhielt vier Pfund wöchentlich dafür, daß er jeden Morgen um zehn Uhr aus dem Hause ging, seinen tadellosten Zylinder kühn durch die Straßen trug den zusammengegerollten Regenschirm unter dem Arm klemmte und eine Blume im Knopfloch trug. Die meiste Zeit des Tages verbrachte er in der Guildhall-Bibliothek; um fünf Uhr abends kam er dann wieder heiter und guter Dinge in seine Wohnung zurück.

Wenn er sein schweres Tagewerk vollendet hatte, ging er mit seiner Frau in das kleine Wohnzimmer, und dort spielten sie Karten. Sie unterhielten sich dabei lustig und vergnügt, aber ihre Ausdrücke waren keineswegs salomfähig. (Fortf. folgt.)

Ermittelte Diebe. Von einem Personenwagen des Kaufmanns Olmer aus Königshütte wurde vor einiger Zeit eine Decke und eine Autopumpe gestohlen. Der Diebstahl gelang als die Täter einen gewissen Siegmund L. und Heinrich P., beide aus Königshütte, zu ermitteln und festzunehmen.

Verlagter Kindermordprozess. Wie noch bekannt sein dürfte, hat die 19 Jahre alte Ehefrau Alara Asienzyl aus Schoppinitz ihr 11 Monate altes Kind in mörderischer Absicht an den Rand eines Teiches bei Klimawiese hingeführt, damit es hineinfalle. Die herbeigerufene Polizei konnte das Kind nur noch als Leiche bergen. Wegen Kindesmord hatte sich nun die Angeklagte vor der Königshütter Strafkammer zu verantworten. Die Verhandlung ergab, daß sich die Angeklagte des unehelichen Kindes, das öfters zu Auftritten war, entledigen wollte, und daß sie nach Klimawiese mit der Absicht kam, das Kind umzubringen und die Tat in obengedachter Weise ausgeführt hat. Die Anklage, die auf Mord lautete, kam in der ersten Verhandlung nicht zum Abschluß. Auf Antrag des Verteidigers, die Angeklagte auf ihren Geisteszustand untersuchen zu lassen, hatte das Gericht stattgegeben, worauf die Verhandlung vertagt wurde.

Gefahren für die Benutzung des Rebenbergs. Der Magistrat hat für die Benutzung der Rebenberglotallotterie folgende Preise festgesetzt: Im Winter bei Benutzung des Saales 20 Zloty und zwar für Beleuchtung 12 und Beheizung 7 Zloty, bei Konsumveranstaltungen für Inanspruchnahme des Rebenberggartens 30 Zloty. In den Sommermonaten beträgt der Preis für die Beleuchtung extra 10 Zloty.

Vom Rebenberg. Die seit mehr als 25 Jahre auf dem Spielplatz des Rebenberges stehende eiserne Kolonnade soll infolge zu großer Schadhaftheit in der nächsten Zeit abgetragen werden, wodurch der Spielplatz eine Vergrößerung erfahren wird. Die Halle, die seinerzeit von der Bildhauerkunst ausgeführt wurde, hat im Laufe der Jahre verschiedenen Zwecken gedient, zuletzt als Werkstatt für Flugzeugbau. Nachdem letzterer ein großes Glasloft gebracht hat, ist die Halle für andere Zwecke nicht mehr verwendbar. Dasselbe Schicksal steht dem botanischen Garten bevor, der am Fuße des Rebenberges mit einem großen Kostenaufwand errichtet wurde. Aus unverständlichen Gründen wollen die dortigen ausländischen Pflanzen nicht gedeihen und gehen alle ein. Um vor größeren Unfällen geschützt zu werden, soll von einer weiteren Bepflanzung mit ausländischen Pflanzen im Frühjahr Abstand genommen werden. Einheimische Pflanzen, Blumen, Kiefern und Bäume sollen an ihre Stelle treten.

Siemianowicz

„Große Sorgen“. Der Brieftaubenverband unternimmt mit Unterstützung der militärischen Behörde in unserer Ortschaft die Revision sämtlicher Taubenschläge vor. Beringte Tauben, also richtiggehend angemeldete Brieftauben, die in den sogenannten wilden Taubenschlägen angetroffen werden, läßt diese Kontrollkommission sofort fliegen. Brieftauben, die ohne Zulassung angetroffen wurden, behält der Besitzer bis zur Anmeldung in den Brieftaubenverein, nach 8 Tage. Erfolgt die Anmeldung nicht, so werden die Tauben beschlagnahmt und einem Wohltätigkeitsverein zur Verfügung gestellt.

Wer sein Geld will fliegen sehen, der kaufe Tauben und laß sie gehn. Gegangen sind, allerdings sehr unfreiwillig, dem Häuer S. von der Richterbachkolonie, 16 Paar Tauben. Wer diese mitgehen ließ, ist zurzeit noch unbekannt. Dem A. G. von der ul. Sobieskiego, verschwanden 7 Paar Tauben. Auch hier ist der neue Liebhaber nicht ermittelt.

Waingow. (Aus der Gemeinde.) Die Kleinen machen es den Großen nach. So wie in Warschau und in Schloßen ein ungewohnter Seim einfach mundtot gemacht wird, durch Abkneifen der Debatte, so glaubt auch der Gemeindevorsteher der Waingow-Gemeinde Waingow, die Opposition in seiner Gemeindevorstellung unerschütterlich zu machen, indem er, äußerst einfach, Schluß der Debatte beantragte, welche dann auch erfolgte, da sich Ruhe dauernd mit einer Stimme in der Majorität befindet. Die Opposition in Waingow ist durch dieses gerissene, jeden anständigen Menschen ansehende Manöver, einfach erledigt. Da aber ansehnend dem Gemeindevorsteher die Geschäftsordnung einer Versammlung ungehörig das ist, was einer Kuh der Mond, so hat sich der Starost schließlich dieser Ungeheuerlichkeit endlich erwehrt und einen ständigen Beobachter ernannt, welcher der Rede „Mores“ beibringen soll. Da aber dieser Beobachter dieses Mal fehlte, beantragte die Sozis ihn heranziehen zu lassen. Dieses ignorierte der Gemeindevorsteher und die Opposition verließ den Sitzungssaal.

Myslowitz

Die Myslowitzer Stadtväter in Aufregung.

In der Myslowitzer Stadtrada hat sich nach der letzten Kommunalwahl eine kleine Wandlung vollzogen. Die Wahlen vom 30. März 1930 brachten der Koriantpartei und der Sanacja einen Erfolg auf Kosten der Wahlgemeinschaft und der Sozialisten. Dadurch kam eine polnische Majorität zustande, vorausgesetzt natürlich, daß die PPS-Vertreter diese polnische Majorität stützen wollen. Die Koriantpartei und die Sanacja waren dessen sicher, obwohl sie den PPS-Ratsklub bei jeder Gelegenheit brüskiert haben. Wenn auch die Koriantisten mit der Sanacja nicht auf freundschaftlichem Fuße stehen, so stimmen sie doch jedesmal zusammen, wenn es gilt, die deutschen und die sozialistischen Anträge niederzustimmen. In der alten Rada war es anders gewesen, denn damals haben die Koriantisten mit der Wahlgemeinschaft zusammengearbeitet. Jetzt haben sie die polnische Mehrheit, da die aber nicht verlässlich ist, denn das Jünglein an der Wage bildet der PPS-Klub. Dieser zeigt aber keine besondere Lust Helferdienste für die polnischen Nationalisten zu leisten, für die weder Gegenleistung noch Anerkennung gezollt wird. Gleich bei der Wahl der Magistratsmitglieder hat sich gezeigt, daß der PPS-Klub auch seine eigenen Wege gehen kann, und daß diese Wege parallel mit dem politischen Pfad der Deutschen Wahlgemeinschaft laufen. Die beiden oppositionellen Klubs haben sich in vielen Dingen zusammengefunden und haben zusammen gestimmt. Als das erste Radapräsidentium gewählt wurde, stimmte die Wahlgemeinschaft für Dr. Obremba, den Kandidaten der PPS. Da auch Ogabny für den PPS-Kandidatur der PPS. Da auch Ogabny für den PPS-Kandidaten gestimmt hat, erhielt dieser 14 Stimmen von der Wahlgemeinschaft und der PPS. Das ist nicht die Mehrheit, denn die Mehrheit beträgt 15 Stimmen. Ein Mitglied des deutschen Klubs hat gestimmt und nachdem Genosse Piotrowski 15 Stimmen erhalten hat, mußte für seine Kandidatur jemand vom polnischen nationalen Klub gestimmt haben. Die Wahlen sind geheim und deshalb

Die Angestellten protestieren gegen die Beschneidung der Selbstverwaltungsrechte in den Versicherungsanstalten

Die Gewerkschaft der Angestellten, GDA, hielt am Sonntag, den 25. d. Mts., in Kattowich eine Konferenz ihrer Ortsgruppenvorsitzer ab, anlässlich derer, neben internen Bundesangelegenheiten, insbesondere zu den katastrophalen Auswirkungen der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit Stellung genommen wurde. Einen breiten Raum der Beratungen nahm die Einstellung zum Angestelltenversicherungsgebot ein, dessen Bestimmungen, trotz jahrelanger Forderungen, den Zeitverhältnissen immer noch nicht angepasst wurden. Diesbezüglich hielt das Vorstandsmittglied der Versicherungsanstalt Königshütte, Herr Warschawski, ein Referat über die Vermögensverhältnisse, die Finanzgebarung und die Wohnungsbaupolitik der Versicherungsanstalt Königshütte, sowie über die Beschlässe des Verbandes der Versicherungsanstalten in Warschau, denen zufolge eine Verschlechterung des Selbstversicherungs eingetreten ist. In dieses Referat schloß sich eine überaus erregte Debatte an, deren Ergebnis in der nachfolgenden Entschließung zum Ausdruck gebracht wurde.

Entschließung:

Die Versammelten verurteilen es aufs schärfste, daß die von der Angestelltenchaft bereits seit Jahren geltend gemachten Forderungen, in Bezug auf den Ausbau der Angestelltenversicherung, bisher in keiner Beziehung Berücksichtigung erfahren haben. Mehr, denn je, erfordert gerade die gegenwärtige Zeit auch von der Angestelltenversicherung als soziales Versicherungsinstitut ganz gebieterisch eine Anpassung an die Verhältnisse, um hierdurch zur Linderung der katastrophalen Auswirkungen der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit beizutragen. Die Versammelten halten es für dringend erforderlich, daß unverzüglich die Unterhaltungsätze der Arbeitslosenversicherung entsprechend erhöht und die Unterhaltungsdauer wesentlich verlängert wird. Desgleichen müssen die verschiedenen nachteiligen Beschränkungen bei der Unterhaltungszahlung unverzüglich beseitigt werden.

Im Zusammenhang damit fordern die Versammelten die unverzügliche Herabsetzung der Altersgrenze bei der Angestelltenversicherung, somit die Berücksichtigung einer jahrelangen Forderung, deren Berechtigung gerade zur gegebenen Zeit umso drastischer in Erscheinung tritt, nachdem die Arbeitgeber gerade die älteren Angestellten als mindereistungsfähig in Massen zur Entlassung bringen.

Die Berücksichtigung dieser Forderungen ist umso berechtigter, als die Möglichkeit hierzu durch die nachgewiesene gute Vermögensgebarung gegeben ist und die angestrebte Reform zur Linderung der Notlage der arbeitenden Angestellten wesentlich beitragen kann.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, begrüßen es die Versammelten, daß die Versicherungsanstalt in Königshütte durch ihre bisherige Wohnungsbaupolitik nicht nur der katastrophalen Wohnungsnot gesteuert, sondern hierdurch auch die verfügbaren Mittel zur produktiven Arbeitslosenfürsorge vermandet hat. Diesbezüglich erheben jedoch die Versammelten die For-

derung, daß auch alle künftigen, mit den Mitteln der Königshütter Versicherungsanstalt geplanten Bauaktionen nur auf das Gebiet der Königshütter Anstalt beschränkt bleiben. Bereits jetzt verwahren wir uns gegen jegliche Absichten, das Vermögen unserer Königshütter Anstalt zu Bauaktionen in anderen Gebieten, sowie zu irgendwelchen anderen Zwecken zu verwenden. Jegendwelchen diesbezüglichen Maßnahmen des Verbandes der Versicherungsanstalten in Warschau, den wir übrigens für eine überaus kostspielige und völlig überflüssige Einrichtung halten, werden wir jederzeit den schärfsten Widerstand entgegen setzen, da wir es nicht dulden können, daß unsere Versicherungsanstalt vielleicht sogar unter Gefährdung der Sicherstellung ihrer Leistungen zu einer Selbstauflösung für staatliche Banken und sonstige Bedürfnisse des Staates gemacht wird.

Die Versammelten haben mit Entzückung davon Kenntnis genommen, daß, gemäß den Beschlüssen des Verbandes der Versicherungsanstalten, bei der Gewährung des Selbstversicherungs, künftighin weitgehende Verschlechterungen eintreten, u. z. m. dergestalt, daß die Antragsteller einerseits auf das Krankengeld verzichten und andererseits Jahrgeld, Kurtag und einen Teil der Kurkosten, selbst tragen müssen.

Diese Maßnahmen fordern den schärfsten Protest der ganzen Angestelltenchaft heraus, da sie im Geleite keinerlei Begründung finden und überdies dem bisherigen Brauch, der bisherigen Rechtsprechung und den feierlichen Zusicherungen der Regierungswörter widersprechen, denen zufolge eine Verschlechterung der Angestelltenversicherung durch Einführung des neuen Gesetzes nicht eintreten sollte. Der geforderte Verzicht auf das rechtlich zustehende Krankengeld ist sowohl vom rechtlichen als auch vom moralischen Standpunkt aus gesehen unhaltbar und bedeutet überdies eine einseitige Benachteiligung der Krankenkassenmitglieder. Die geforderte anteilmäßige Kostentragung bei Durchführung des Selbstversicherungs ist geeignet, das Selbstverfahren als vorzuziehende Maßnahme, zur Beseitigung drohender Invalidität, völlig illusorisch zu machen, zumal unter Berücksichtigung der Höhe der Zulüsse und der hohen Fahrtkosten, die durch die Berücksichtigung der Angestellten in weit entfernte Sanatorien entstehen müssen.

Nach Ansicht der Versammelten stellt der Beschluß des Verbandes der Versicherungsanstalten einen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht unserer Versicherungsanstalt dar, weshalb unverzüglich nachgeprüft werden muß, ob dieser Beschluß rechtskräftig besteht.

Von dem Standpunkt ausgehend, daß es unverantwortlich wäre, an der Gesundheit der Versicherten sparen zu wollen, protestieren die Versammelten auf das Entschiedenste gegen die beschlossenen Verschlechterungen und erwarten, daß die maßgebenden Stellen die gestützten Maßnahmen nicht zuletzt auch im Interesse der Rentabilität der Angestelltenversicherung als solche rückgängig machen werden.

kann man nicht feststellen, wer der Betreffende war, aber man vermutet, daß es Bromm, der Vertreter der Invaliden war und deshalb die große Aufregung im polnischen nationalen Lager. Aber man hat sich schnell getrübt, denn bei der Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums fielen alle deutschen Kandidaturen durch, zumal die polnische nationale Stimme ausblieb und Ogabny einen weißen Zettel abgegeben hat. Der „Blagierek“ konnte triumphierend berichten, daß in Myslowitz zum ersten Male ein nur polnisches Präsidium gewählt wurde. Wir wollen ihnen diese Freude nicht verderben.

Vom Gefängnis „Freiheit“. Am Sonntag hielt obiger Verein seine Generalversammlung ab, zu welcher „Mitglieder“, die sachungsgemäß der Rechte verlustig wurden, erschienen sind, um sich wieder in den Vorstand einzuschmuggeln. Die vorgesehene Tagesordnung umfaßte 7 Punkte. Nach Annahme des letzten Versammlungsprotokolls, wurde, da der Referent nicht anwesend war, zur Neuwahl geschritten. (Und der Vorstandsbericht?) Die Wahl ergab nachstehende Zusammensetzung: Feigl M. als 1., Kruppa J. als 2. Vorsitzender, Scheon als Schriftführer, Sangeschwester Mafek und Schittel als Beisitzer, Sangeschwester Kruppa als Notenwart, Feigl J. und Sangeschwester Stachura als Revisoren. Der Verlauf der Versammlung spricht dafür, daß es hier am Plage wäre, wenn der Bundesvorstand eine Kontrolle vornehmen möchte, um vorhandene Zwiffligkeiten zu beseitigen, wie auch, um den eigentlichen Schuldigen hierfür festzustellen.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Hohenlinde. (Unsere Spitzenkandidaten.) Für die am kommenden Mittwoch stattfindenden Betriebsratswahlen in der Hubertushütte haben die deutschen und polnischen Klassenkampfvereine eine gemeinsame Liste aufgestellt, welche die Spitzenkandidaten Mochlig und Herind verzeichnet. Für uns klassenbewußte Arbeiter kommt nur diese einzige Liste in Frage.

Pleß und Umgebung

Die Verwaltung der Boerschichte verurteilt. Letztlich kam zum dritten Male vor dem Schlichtungsausschuß die Angelegenheit Wodniol contra Verwaltung der Boerschichte zur Verhandlung. Bekanntlich wurde Wodniol vor einem Jahre unter dem Vorwand, die Behörden irreführend zu haben, gekündigt und drei Tage später fristlos entlassen. Die „Irreführung“ der Behörden bestand in diesem Falle darin, daß Wodniol den Wyszyn Urząd Gorniczy in Kenntnis setzte, daß man ihn in einer vergasteten Arbeitsstelle unter Tage zur Arbeit zwang, obwohl am Tage vorher von dieser Stelle Arbeiter in ohnmächtigem Zustand weggetragen wurden. Eine sofort eingeleitete Revision des Bergamtes stellte nun tatsächlich auf der betreffenden Stelle Gas in großen Mengen fest, obwohl schon, wie es in solchen Fällen wohl immer sein dürfte, vorher alle Hebel in Bewegung gesetzt wurden, die Gase zu beseitigen. Bei der ersten Verhandlung wurde die Angelegenheit infolge Fehlens eines Protokolls des Urząd Gorniczy vertagt. Erst die dritte Verhandlung konnte zu einem Ende kommen, das ein voller Erfolg für Wodniol wurde. Aus dem Protokoll des Urząd Gorniczy war zu ersehen, daß von einer Irreführung nicht die Rede sein konnte, da tatsächlich Gas in solchen Mengen festgestellt

wurde, daß es leicht zu einer Katastrophe kommen konnte und Menschenleben in Gefahr war. Weiter sagte der Bericht, daß im Wiederholungsfall, den verantwortlichen Grubenbeamten die Qualifikation entzogen wird. Ing. Zawadzki, der die Verwaltung zu vertreten hatte, erklärte trotzdem, daß Wodniol seine Entlassung selbst verschuldet hätte. Viel besser jedoch verstand es der Betriebsratsobmann Sojla (poln. Berufsvereinigung) den Standpunkt der Verwaltung zu verteidigen. Er erklärte nämlich, daß Wodniol ihn beleidigt hätte, außerdem sollte W. Unruhe in die Belegschaft gebracht, ja sogar zum Streik aufgefordert haben, und daß seit der Entlassung des Wodniol vollständiger Friede auf der Grube herrsche. Jedoch aus den Zeugnisaussagen und dem Bericht des Urząd Gorn. konnte das Gericht leicht zu der Überzeugung kommen, daß hier offensichtlich benutzert wird. Der Vorsitzende sah sich genötigt, dem Sojla, der wiederholt versuchte, die „Schuld“ des Wodniol zu beweisen, das Wort zu entziehen und zwar mit der Begründung, daß seine Ausführungen nicht zur Sache gehören. Die Verwaltung wurde verurteilt, dem Wodniol eine Entschädigung von 1500 Zloty zu zahlen. Als der Herr Obmann des Betriebsrates S. dieses hörte, schloß er wie ein begossener Pudel aus dem Verhandlungsraum. Arbeiter der Boerschichte, merkt euch diese Angelegenheit! Die Betriebsratswahlen stehen bald wieder bevor!

Rybnik und Umgebung

Czerwionka. (Opfer der herrschenden Glätte.) In der Nähe der „Dubenskostrube“ kam der 15jährige Maximilian Strzelczyk aus Czerwionka infolge der herrschenden Glätte so unglücklich zu Fall, daß er einen Beinbruch erlitt. Es erfolgte keine Überführung in das Knappschafslazarett nach Rybnik.

Zastereb-Gorn. (Rasseneinbruch in die Pfarrei.) In der Nacht zum 23. d. Mts. wurde in das Pfarramt ein Kasseneinbruch verübt. Die Täter öffneten mittels Einbrecherwerkzeug einen feuerfesten Geldschrank und stahlen aus demselben ein 20 Zlotygoldstück, drei 10 Zlotygoldstücke, sowie 600 Zloty und 300 Reichsmark. Den Einbrechern gelang es, unerkannt zu entkommen. Die Polizei hat sofort die Verfolgung nach den Tätern aufgenommen.

Poslan. (Schrecklicher Tod eines Eisenbahners.) Beim Umrangieren von Waggons auf der Bahnstation geriet der Eisenbahner Dudzik aus Poslan, zwischen die Räder und erlitt so schwere Quetschungen, daß der Tod in kurzer Zeit eintrat. Der Tote wurde in die Leichenhalle des dortigen Spitals überführt. Wie es heißt soll der Eisenbahner die Schuld an dem Unglücksfall tragen, welcher es an der notwendigen Vorsicht fehlen ließ.

Tarnowitz und Umgebung

Von einer einstürzenden Mauer erheblich verletzt. Beim Abbruch eines Wohnhauses auf der ul. Stalmacha stürzte plötzlich eine Seitenwand ein. Der in der Nähe beschäftigte Arbeiter Paul Blaszczyk wurde vom Mauerwerk getroffen und sehr schwer verletzt. Der Verunglückte erlitt einen Beinbruch, ferner Bruch der linken Hand, sowie andere schwere Verletzungen. Es erfolgte seine Entlieferung in das Spital. Weitere Untersuchungen in dieser Angelegenheit sind im Gange, um festzustellen, ob ein Verschulden seitens des Aufsichtspersonals vorgefunden hat.

Bieliß, Biala und Umgegend

Bieliß und Umgebung

Schlesische Skimeisterschaften.

Die großen schlesischen Ski-Meisterschaften um den Titel eines Meisters des Krakau-Schlesischen Kreises haben nach dreitägigen Kämpfen nun ihren Abschluß gefunden. Organisatorisch sind die diesjährigen Kreismeisterschaften vorbildlich vorbereitet und durchgeführt worden. Hätte die Leitung der Gesamtorganisation der Rennen, die diesmal in den Händen der ältesten Wintersportorganisation Polens, dem Bielißer Wintersportklub lag, auch auf die Beständigkeit der Witterung ihren Einfluß ausüben können, dann wäre diese große sportliche Veranstaltung reiflos Ideal zu nennen gewesen. Allerdings sind die Höhenlagen der Klimczok-Bergkette von dem Föhnwetter nicht in dem Maße beeinflusst worden, wie dies in den Talschaften der Fall war. Dem schwer mit Wasser durchdrängten Schnee, am Nachmittag dem zweiten Renntage, folgte am gestrigen Sonntag eine kleine Neuschneedecke, die das Fahren wesentlich begünstigte. Die Meisterschaften hatten, insbesondere aus Oberschlesien, einen Massenbesuch aufzuweisen, wie überhaupt die gesamte Veranstaltung ein voller Erfolg ihres Organisators, des Bielißer Wintersportklubs, war.

Im allgemeinen dürfen die gefahrenen Zeiten und die Einzelleistungen sowohl bei den Lang- als auch bei den kombinierten Läufen und beim großen 30 Kilometer-Lauf am gestrigen Sonntag, als durchaus günstig bezeichnet werden. Am Sonnabend 10,30 Uhr vormittags gelangte der Sprunglauf, um zwei Uhr nachmittags der Damenlauf zur Austragung. Während in den Vormittagsstunden die Schneedecke noch zufriedenstellend war, hatte sich am Nachmittag das Föhnwetter empfindlich bemerkbar gemacht. Der Schnee wurde schwer und pappig. Die Sprungkonkurrenzen brachten folgende Ergebnisse:

Senioren 2. Klasse: 1. Franz Wagner (Wintersportklub Bieliß) Note 667,00. Sprungweite 23—22½—22½ Meter. 2. Leopold Gaiduszek (Wintersportklub Bieliß) Note 661. Sein weitester Sprung war 24,50 Meter. Außer Konkurrenz 28. Meter. 3. Oswald Kauder von demselben Verein 592,82.

Senioren 3. Klasse: 1. M. Globkiewicz (I. I. N.) Note 631,00. 2. Jan Podyph (P. I. I. Jzwiec) Note 570,30. 3. Josef Kuchinski (Wintersportklub Bieliß) Note 546,80. 4. Josef Plonka (P. I. I. Biala) Note 529,00.

Damenlauf: Die Streckenlänge betrug 6 Kilometer und verlief von der Magura zur ersten Mejszawiese und zurück, dem Sattel in Serpentin zum Höhenweg Klimczok, von dort zur Wieße auf der Ramitzer Platte. Von 14 Startenden gingen 12 durchs Ziel. 1. Hilde Malcowna (Sl. Kl. Narc. Rattowik) 31,25 Min. 2. Frieda Fölsche (Wintersportklub Bieliß) 32,39 Min. 3. Sofia Musilakowna (Sl. Kl. Narc. Rattowik) 34,53 Min. Außer Konkurrenz startete die bekannte polnische Tennismeisterin Dubiensta (Krakau). Sie legte die Strecke in 32,38 Min. zurück.

Nach Schluß der Rennen des zweiten Tages fand im Schuhhaus auf der Ramitzer Platte die erste Verteilung der Ehrenreife statt. Franz Wagner, der Meister des Krakau-Schlesischen Kreises, erhielt den silbernen Ehrenpokal der Stadtgemeinde Bieliß. Hilde Malcowna die Siegerin im Damenwettbewerb wurde mit dem vom Vorsitzenden des Kreises Apt. Loteczko gespendeten Preise ausgezeichnet.

30 Kilometer-Lauf. **Senioren 2. Klasse:** Sonntag fanden bei wesentlich günstigeren Schneebedingungen der 30 Kilometer-Lauf und das Schauspringen statt. Die Ergebnisse lauten: 1. Jan Legierski (Sl. Kl. Narc. Rattowik) 2: 37,49 Std. Beste Zeit des Tages. 2. Walter Eberhardt aus demselben Verein, 2: 51,38 Std. 3. Anton Wojtas, derselbe Verein, 2: 54,57 Std.

Senioren 3. Klasse: Stanislaus Zabnicki (P. I. I. Jzwiec) 2: 43,39 Std. 2. Jan Wojnar.

Militärmannschaft: 2: 44,20 Std. 3. Friedrich Handl (Sl. Kl. Narc. Rattowik) 2: 44,32 Std.

Bei dem Schauspringen erreichten Franz Wagner (Bieliß) und M. Globkiewicz (Krakau) Sprungweiten bis 28 und 28,50 Meter.

Den Ehrenpokal des Verbandes der Beskidenvereine in Polen erhielt Jan Legierski. Weitere Ehrenpreise erhielten Ernst Herma (Bieliß) und Globkiewicz (Krakau).

Wer in Bieliß waltet!

Vom Herrn Nizanski-Niedergang.

haben wir bereits berichtet. Sein wachsameres Auge ist dazu da, damit niemand — Gott bewahre — wagte, an dem herrschenden System und seinen „Heiligen“, Kritik zu üben. Geschieht dies dennoch, trifft es dazu noch auf irgend einen Funktionär der Gemeinde, gleichgültig ob besoldet oder unbefolgt, ist er sofort strafbar am Platze, obzwar Polizei und Gerichte bereits eingegriffen haben. Natürlich ist dies ein importierter Bielißer.

Auch Herr Dir. Blei ist importiert.

Mit einem Federstrich dieses Allgewaltigen sind 11 Arbeiter entlassen worden. Elf Familien sind in denkbar schwerster Zeit dem Elend preisgegeben.

Wir haben keine Beschäftigung für diese Leute, denn wir erzeugen nicht mehr den Strom und wir dürfen nicht die Gesteungskosten „unnützlich“ steigern — sagt Dir. Blei. Merkwürdig. Die Umstellung des Elektrizitätswerkes von einem erzeugenden in ein kaufmännisches Institut erfolgte vor sechs Jahren. Jetzt erinnert sich der Herr Direktor daran und entläßt Arbeiter, die — bei dieser Begründung — schon vor sechs Jahren überflüssig waren. Also sind es Beweggründe anderer Natur, die den Dir. Blei bestimmten, 11 Arbeiter zu entlassen und weitere Entlassungen zu verkünden.

Der Besorgnis des Dir. Blei, daß die Löhne dieser 11 Mann zu sehr die Gesteungskosten belasten, trauen wir nicht, denn die Löhne von 11 Arbeitern stellen sich auf ungefähr 1000 Zloty monatlich, während das Gehalt jedes der zwei Direktoren je 6000 Zloty monatlich ausmacht. Und man hört gar nicht, daß einer der Direktoren von diesem Gehalt abgebaut werden sollte. Und das wäre gerade die beste Lösung, denn dann würden sich die Gesteungskosten verringern und die Arbeiter hätten ihr tägliches Brot, nur Brot, gesichert.

Inzwischen sehen wir, daß Arbeiter abgebaut werden, aber gleichzeitig der kostspielige Beamtenapparat vergrößert wird. Früher genügte ein Direktor, jetzt haben wir deren zwei. Hierzu kommen zwei frisch aufgenommene Ingenieure, eine Stenotypistin und 4 Praktiker. Alle sind natürlich importiert, weil auch der Herr Direktor ein Importierter ist. Dafür hat man natürlich genug Geld, nur für die hodenständigen bewährten alten Arbeiter da langts nicht mehr.

Die 9. ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Bieliß, findet am Mittwoch, den 28. Januar 1931, um 5 Uhr nachm. im Sitzungssaale des Gemeinderates, Teschenerstraße 10a, 1. Stock, statt.

Vom Arbeiterkonsumverein in Bieliß. Die P. I. Mitglieder werden auf das heutige Inserat betreffs Eröffnung einer Fleischerei in Bieliß, ul. Sobieskiego (Jozefstraße) Nr. 4, aufmerksam gemacht. Der Vorstand hofft, daß auch dieser neue, wichtige genossenschaftliche Produktionszweig allgemeine Zustimmung und Förderung seitens der Mitglieder, finden wird. **Genossenschaftler! Fördert die genossenschaftliche Eigenproduktion!**

Achtung! Gläubiger der Eskomptebank! Der Verband der Kaufleute von Bieliß Stadt und Bezirk ersucht alle Gläubiger der Schlesischen Eskomptebank ihre Forderungen an dieselbe im Amtslokal des Verbandes (Handelskammer 2. Stock) bis spätestens Dienstag, den 27. d. Mts., anzumelden. Am 1. und 2. von 9 bis 12 Uhr und von 3 bis 6 Uhr, Samstag von 9 bis 1 Uhr.

Wim Stilaufen verunglückt. Am Klimczok stürzte beim Skilaufen ein Bielißer Sportler namens Schanzer, wobei er einen Oberschenkelbruch erlitt. Es erfolgte seine Überführung ins Bielißer Spital.

Ebensmüde. Samstag um 7 Uhr abends versuchte eine Frau auf der Hauptstraße im Hause Nr. 28 ihrem Leben dadurch ein Ende zu bereiten, indem sie Essigsäure trank. Die Rettungsgesellschaft überführte die Frau ins Spital.

Teschen. (Gemeindeausschussitzung.) Infolge der in den letzten Tagen notwendig gewordenen Verhältnisse fand am Mittwoch unter dem Vorstehe des Bürgermeisters Dr. Wiszka eine Gemeindeausschussitzung statt. Der Vorsitzende erklärte bei

Welches Glück, importierte Sachwalter zu haben...

Daran müssen jetzt auch die Krankentassenbeamten glauben. Auch sie haben einen importierten Regierungskommissär bekommen.

Wie Herr Zifus schaltet.

Importierte Ware hat in Polen großes Ansehen. Herr Zifus z. B. leitet zugleich als Regierungskommissär drei Krankentassen: in Bodenia, in Bieliß und in Biala, nirgends natürlich umsonst. Man kann auch nicht annehmen, daß sein Gehalt bei dreifacher Funktion daran leidet. Und weil wir in Polen eine katastrophale Arbeitslosigkeit haben, viele tausende Beamte ohne Beschäftigung herumlaufen, ist das Heilmittel darauf: einem Manne die Verdienstmöglichkeit an drei Stellen zu sichern.

Regierungskommissär bemüht sich natürlich das ihm geschenkte Vertrauen zu rechtfertigen, indem er mit einem großen „Reinemachen“ begonnen hat.

In Biala entließ er vorläufig die Angestellten: Wanat und Pysz; in Bieliß: Pötsch und Harlos.

Die Bielißer Pötsch und Harlos sind natürlich deutsche Bürger und müssen als erste Opfer fallen. Gen. Pötsch ist bereits 19 Jahre als Krankentassenbeamter tätig. Der Regierungskommissär beliebte ihm zu sagen, daß er ein guter und gewissenhafter Angestellter sei, aber — mit bekanntem Feingefühl — fügte er hinzu: „Sie werden ohnedies nie die Gesundheit mehr erlangen und arbeiten können...“

Sehr zart und feinsühnd. Nicht wahr?

Diese Angelegenheit wird noch ein gerichtliches Nachspiel, worüber noch zeitgerecht berichtet werden wird, haben.

Die Bialaer Pysz und Wanat, was nicht erst betont werden muß, sind Mitglieder der P. P. S. Daher hat es nichts zu sagen, daß sie gediegene und zuverlässige Angestellte sind. Sie müssen den Platz räumen, denn es warten landstürmische Anwärter. In der Bielißer Krankentasse wurden bis nun deren sieben Stück angestellt.

Schwere Zeiten. Deshalb werden sie für die einen noch schwerer gestaltet, damit es die anderen leichter haben. Dem Institut aber ist damit nicht gedient.

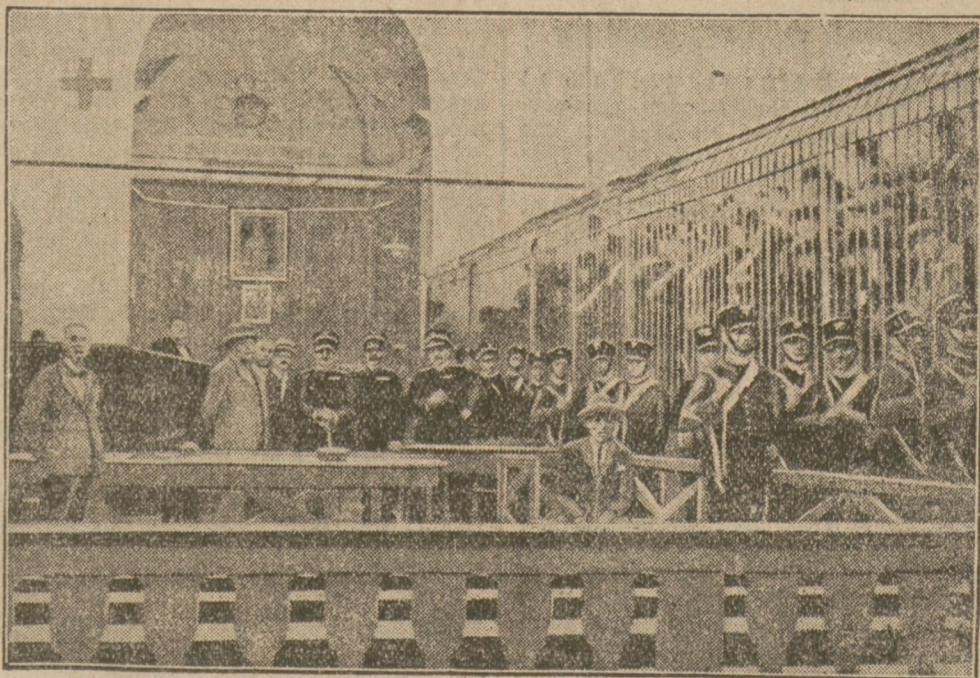
So warten die nach Schlesien importierten Herren, denen noch so manchmal die Aufmerksamkeit unseres Blattes zugewendet werden wird.

Eröffnung der Sitzung, daß der Abschluß der Verlegung der Fabrik Brown-Boveri von Zychlin nach Teschen der Grund war, diese Sitzung abzuhalten. Die Verhandlungsschrift der am 19. Dezember 1930 abgeschalteten Gemeindeausschussitzung wurde genehmigt. Die Anträge der Musealkommission der Vereinigung des Museums Ludomirawce mit dem städtischen Museum auf Grund der verlesenen Vereinbarungen wurden angenommen. Hierbei wurden die Mitglieder aufgefordert, das städtische Museum in seinem neuen Heim im Demelhaus, das einer gründlichen Herstellung unterzogen wurde, zu besichtigen. In den Räumen dieses Hauses, die jetzt an Herrn Konczakowski vermietet sind, wird nach Vereinbarung der Bibliotheken eine gemeinsame Bibliothek mit Lesesäle errichtet werden. Herrn Witrenga wurde die Zusicherung der Aufnahme in den Heimatverband der Stadt Teschen zwecks Erlangung der polnischen Staatsbürgerschaft erteilt. — In der vertraulichen Sitzung erstatteten seitens des Gemeindevorstandes die beiden Vizebürgermeister, Herren Gabrysz und Salfar, Bericht über den Stand und die geleisteten Vorarbeiten zwecks Verlegung des Unternehmens Brown-Boveri nach Teschen. Die Badener Werke wollen nur unter den bekanntgegebenen Bedingungen in diese Verlegung einwilligen, und zwar Legung eines Schleppgleises und Bau von Beamtenwohnungen. Dies würde ungefähr einen Betrag von 1 Million Zloty erfordern, die sich später teilweise verginsen würde. Die beiden Vortragenden versicherten dem Gemeindeausschuss auch der Unterstützung der Behörden in Rattowik und Warschau. Erfreut will der Stadt billige Bankkredite gewähren. Die lebhafteste Wechselrede zeigte, daß alle Anwesenden — mit einer Ausnahme — für diese Verlegung waren und nur Aufklärungen verlangten oder Verbesserungen vorschlugen. Sollte die Firma einverstanden sein, so wird statt des Schleppgleises ein starkes Lastauto angeschafft; auch wurden verschiedene Trassen für die Verlegung der vorgeschlagenen Bedingungen, Verlegung der Firma keine eigene Gießerei anlegen wird, auch vor einer Schädigung geschützt. Bei Verlegung eines solchen Unternehmens in der Stadt müssen auch seitens derselben Opfer gebracht werden, doch hoffentlich werden diese zum Wohle sein. Bei der Abstimmung waren sämtliche Mitglieder — gegen eine Stimme — für die Annahme der vorgeschlagenen Bedingungen Verlegung der Firma Brown-Boveri nach Teschen. Nach vierstündiger Dauer wurde die Sitzung um 9 Uhr abends geschlossen.

Theater und Kunst

Die Entführung aus dem Serail, in polnischer Sprache, Oper v. W. A. Mozart. — Die Aufführung des melodienreichen Jugendwerkes Motart's, das einen Wendepunkt in seiner kompositorischen Entwicklung darstellt, ist eine freudig zu begrüßende Erweiterung des Repertoires der Rattowitzer Oper, welche sich mit Verdi, Moniuszko und Puccini seit Jahren in einem circulus vitiosus befindet. Die Oper stellt hohe Anforderungen an Orchester und Sänger und Kapellmeister Leszczynski hat diesmal ganze Arbeit geleistet. Von der mit Triangelgeschlägen orientalisches einherstürmenden Ouvertüre angefangen, klappte alles vortrefflich und die herrlichen Arien Osmins, Pedrillos, Ständchen, das Trinduet und Constanzes wunderbare Rezitative fanden eine denkbar gute Wiedergabe. Lobend zu erwähnen wären auch die mit Geschmack entworfenen Bühnenbilder Makojnits. Mit den musikalischen Glanzleistungen hielt allerdings die Darstellung, trotz aller Bemühungen nicht gleichen Schritt und Pedrillos Munterkeit wirkte gerade durch die demonstrativ zur Schau getragene Jugendlichkeit, senil. Auch bei Schim Pascha vermied man die natürliche Note. Das Publikum brachte der gelungenen Aufführung herzlichen Beifall entgegen.

H. K.



Zu 1000 Jahren Zuchthaus verurteilt

wurden 131 Mitglieder der sizilianischen „Mafia“, der berüchtigten alten Mörderorganisation. Den 186 Angeklagten (55 wurden freigesprochen) waren 2800 Verbrechen zur Last gelegt. Während der Verhandlungen, die sich über vier Monate hinzogen, saßen die Angeklagten hinter den Gittern eines Eisenkäfigs. Nach viertägiger Beratung, während der der ganze Gerichtshof aus Sicherheitsgründen im Gerichtsgebäude übernachtete, wurden Zuchthausstrafen von drei bis zu dreißig Jahren — insgesamt 1000 Jahre — verhängt.

Die Lage der Gewerkschaftsbewegung in Lettland

Wenn man über die faschistischen Strömungen im Osten bzw. Südosten von Europa berichtet, muß außer Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn, Österreich, Polen und Finnland auch Lettland genannt werden. Sicherlich liegen die Dinge in Lettland lange nicht so schlimm wie in Jugoslawien oder Polen, doch man kann immerhin sagen, daß die vom Bauernbund und dem Zentrum geleitete Regierung von den reaktionären halbfaschistischen nationalen Fraktionen und der Fraktion des Alerus abhängig ist.

Es gibt in Lettland noch freie Gewerkschaften und eine freigewerkschaftliche Landeszentrale, die 25 Organisationen mit insgesamt 25 000 Mitgliedern — 6000 Frauen — zählt. (Die Gesamtzahl der Lohnarbeiter beläuft sich in Lettland auf 450 000.) Seit 1921 gehört der rührige lettische Gewerkschaftsbund dem Internationalen Gewerkschaftsbund an.

Die Arbeitslöhne sind in Lettland äußerst niedrig. Der höchste Arbeitslohn beträgt 8 Lat (ML. 6,40) pro Tag, der mittlere Lohn 3 Lat (ML. 2,40) und der niedrigste Lohn 2 Lat (ML. 1,60), 37 Proz. aller Beschäftigten sind Frauen. In manchen Industriezweigen wird vorwiegend (bis zu 90 Prozent) mit weiblichen Arbeitskräften gearbeitet, so in der Textil-, der Tabak-, Lebensmittel- und Zündholzindustrie. Die Arbeitslöhne der Frauen sind um 25 Prozent niedriger als die Männerlöhne. Abgesehen von der Landwirtschaft, sind die Löhne in allen Industrien niedriger als vor dem Kriege.

Die tägliche Arbeitszeit in der Industrie, im Transportgewerbe und den Handelsunternehmungen ist gesetzlich auf 8 Stunden für Körperliche und 6 Stunden für Kopfarbeit festgelegt. Auch eine gesetzliche Kranken- und Unfallversicherung ist vorhanden, zu der die Unternehmer 4 Prozent und der Staat je wie die Arbeiter je 2 Prozent vom Arbeitslohn beitragen. Eine Arbeitslosenversicherung gibt es trotz der zeitweilig vorhandenen Arbeitslosigkeit (in den Wintermonaten gibt es bis zu 15 000 Arbeitslose) nicht, hingegen werden vom Staate gewisse Notstandsarbeiten durchgeführt.

Von den drei in faschistisch orientierten Ländern hauptsächlich zur Anwendung gelangenden Methoden des Kampfes gegen die Arbeiterbewegung (Unterdrückung der freien Gewerkschaften, Gründung faschistischer Organisationen und Ausschaltung der Vertretung der freien Gewerkschaften in den sozialpolitischen Körperschaften resp. Verschlechterung der Sozialpolitik) macht sich in Lettland besonders die dritte bemerkbar. Der Angriff richtet sich dabei insbesondere gegen die bis jetzt von den Arbeitern direkt verwalteten Krankenkassen. Die reaktionäre Regierung ist gegenwärtig im Begriff, das Krankentätigkeitsgesetz so zu ändern, daß die Verwaltung zur Hälfte aus Unternehmervertretern bestehen soll. Ferner soll der Beitrag des Staates zur Hälfte herabgesetzt werden.

Auch in Lettland wird die Reaktion in hohem Maße durch die Aktionen der Kommunisten gestützt, deren gewerkschaftliche Organisationen angeblich 4000 Mitglieder umfassen. Die Neuwahlen des Parlaments, die auch in Lettland das Gesamtbild ändern und für die Festigung oder Schwächung der Demokratie von großer Bedeutung sein können, finden in diesem Jahre statt.

Gesetzliche Rehabilitierung der Gewerkschaften

Als die Regierung Baldwin im Jahre 1927 ihr berühmtes Anti-Gewerkschaftsgesetz zur Annahme brachte, zeigte sie, daß sie in ihrem arbeitgeberfeindlichen Verhalten hinter den reaktionären Regierungen anderer Länder nicht zurückbleiben wollte. In hartnäckigem Kampf haben sich seitdem die Gewerkschaften gegen dieses Anfechtungsgesetz gewehrt. Nun liegt endlich dem Unterhaus ein Gesetzentwurf vor, der die alten Freiheiten wieder einführen soll. Er ist so eindeutig, daß er den schärfsten Widerspruch der Reaktion hervorrufen muß und zu ernstlichen Konsequenzen führen kann. Obwohl der Generalkonvent des Britischen Gewerkschaftsbundes seine Stellungnahme erst Ende des Monats bestimmen wird, teilt seine „Industrial Review“, das Organ der britischen Gewerkschaften, schon jetzt mit, daß sich die Gewerkschaften mit den sie betreffenden Klauseln im Prinzip einverstanden erklären können. Das Blatt glaubt aber auch, daß es einen scharfen Kampf abgeben wird. Es schreibt in diesem Zusammenhang u. a.:

„Es besteht nicht der geringste Zweifel darüber, daß ein ernstes Treffen unvermeidlich ist. Die Frage, die die konservative Partei im Jahre 1927 so jäh fand, als sie den Augenblick der endgültigen Zerschlagung der Gewerkschaften für gekommen glaubte, hat im Jahre 1929 ein bitteres Ende genommen. Die Bestimmungen des nun vorliegenden Gesetzentwurfes sind sicher nicht dazu angetan — und haben auch nicht den Zweck — die Enttäuschung der konservativen Partei in irgendwelcher Weise zu mildern. Kurz gesagt: der Gesetzentwurf stellt einen ernsthaften Versuch dar, die Gewerkschaften von den Ketten zu befreien, mit denen sie durch das Gesetz des Jahres 1927 gefesselt wurden. Er stellt die Handlungsfreiheit wieder her, deren sich die Gewerkschaften vor dem Jahre 1927 erfreuten. Er gibt eine neue Deutung der Gesetzlichkeit oder Ungesetzlichkeit der Waffe des Streiks. Unter angebrachten Vorbehalten wird das Recht der direkten Erhebung des politischen Beitrages wieder eingeführt. Das für die Staatsbeamten eingeführte Verbot des Einflusses an den Gewerkschaftsbund und an die Partei wird aufgehoben. Endlich wird britischen Behörden neuerdings das Recht zuerkannt, die Vergütung von Arbeit von der Mitgliedschaft bei einer Gewerkschaft abhängig zu machen. Bewußt ist die Vorlage so gestellt worden, daß die Vorläufer der Reaktion im parlamentarischen Kampf die Linie des größten Widerstandes abzunehmen d. h. sich deutlich auszusprechen haben.“

Faschismus und Reaktion auf Schleichwegen

Neben dem direkten und offenen Kampf gegen die Arbeiterbewegung führen Reaktion und Faschismus allseitig auch den unauffälligeren, in seiner Wirkung jedoch nahezu gefährlicheren, Kampf auf gesetzgeberischem Gebiet. Die die Gewerkschaften und ihre Wirksamkeit betreffenden Gesetze werden abgeändert oder es werden sogar neue Gesetze eingeführt. Selbst wenn später Reaktion und Faschismus im Parlament wieder an Boden verlieren, wirken diese Gesetze noch nach oder sie können nur unter großen Schwierigkeiten abgeändert bzw. beseitigt werden. Ein typisches Beispiel ist z. B. das von der reaktionären Regierung Baldwin im Jahre 1927 eingeführte Anti-Gewerkschaftsgesetz,

Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes

Am Sonntag hielt der Deutsche Metallarbeiterverband, Ortsgruppe Königshütte, im großen Saale des Volkshauses seine Generalversammlung ab, die bis auf den letzten Platz besetzt war, welches auch, nachdem die Ortsverwaltung durch aufopferungsvolle Arbeit im vergangenen Jahre das Vertrauen der Mitglieder zu rechtfertigen verstanden hat, zu erwarten war.

Um 10 Uhr vormittags eröffnete Kollege Sowa die Versammlung mit einer Begrüßung der so zahlreich Erschienenen. Die Tagesordnung setzte sich aus folgenden Punkten zusammen: 1. Berichte des Bevollmächtigten, Kassierers, Ortsausschusses und der Jugendleitung, 2. Neuwahl der Ortsverwaltung und der verschiedenen Delegierten, 3. Anträge und Verschiedenes. Kollege Schmieskol gab den Tätigkeitsbericht der Ortsverwaltung bekannt, aus dem zu ersehen war, daß im vergangenen Jahre 8 Mitgliederversammlungen, 5 Vertrauensmännerberatungen abgehalten wurden, ferner zur Erheiterung der Mitglieder ein Faschingsvergügen und ein Ausflug nach dem Buchenwald zur Durchführung gebracht wurden. In den verschiedenen Betrieben besteht die Ortsverwaltung bzw. Ortsgruppe des Verbandes 53 Vertrauensmänner. Anschließend daran gab Kollege Mazurek einen Bericht über die Tätigkeit des Ortsausschusses, dem sich ein solcher des Kassierers, Kollegen Kuzella, anschloß. Referent führte u. a. aus, daß das vergangene Geschäftsjahr eines der schlechtesten seit dem Bestehen des Verbandes war, was auf die katastrophale Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. In Arbeitslosen waren bis zum Jahresende 800 vorhanden, an die im Laufe des Jahres 52 734,70 Loty Arbeitslosenunterstützung zur Auszahlung gebracht wurde, an Kurzarbeitern zählte der Verband 212, an Krankenunterstützung wurden 17 183,90 Loty ausgezahlt. Weihnachtsgeldunterstützung wurde an 148 Arbeitslose bzw. bedürftige Mitglieder in Höhe von 1200 Loty verteilt, Rechtschutz und Schriftführung wurden in 208 Fällen zur Erledigung gebracht. Die Mitgliederzahl ist im ständigen Zunehmen begriffen, was auf die Leistungsfähigkeit des Deutschen Metallarbeiterverbandes zurückzuführen ist. Die Einnahmen betrugen zur Hauptkasse 41 412,97 Loty, die Ausgaben wiederum 31 385,50 Loty, die Zahl der verkauften Beitragsmarken betrug 61 761 Loty. Kollege K. schloß seinen Bericht mit dem Appell an die Mitglieder, weiterhin dem Verband die Treue zu bewahren und neue Mitglieder zu werben, damit die durch die Stärkung der Leistungsfähigkeit gewährleistet wird.

Aus dem Bericht des Jugendleiters, Kollegen Marcin, ist zu entnehmen, daß die Jugendbewegung sich gut vorwärts entwickelt, womit für Nachwuchs gesorgt ist. Veranstaltet wurden 2 Jugend- und Arbeitslosenversammlungen, Vorträge, Wanderungen, Bezirkstreffen, Elternversammlungen, Lichtbildervorträge, sowie verschiedene andere Veranstaltungen in etwa 100 Fällen; ferner wurde teilgenommen an Theateraufführungen des Oberloessischen Landesheaters und anderen Bildungsbestrebungen. Der Jugendleiter bittet die Anwesenden, ihre Kinder unserer Jugendbewegung zuzuführen. In diese verschiedenen Be-

weisen Abänderung bzw. Abschaffung der Arbeiterregulierung Englands so viele Schwierigkeiten bereitet.

In Österreich gibt es als Vorbild einer zum Glück gelungenen Regierung ebenfalls eine solche Vorlage, die zwar nicht direkt gegen die Gewerkschaften, sondern gegen jene Institutionen gerichtet ist, die in Österreich eine starke Stütze der Arbeiterbewegung sind, nämlich gegen die Arbeiterkammern. Diese öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die in der Art der für das Unternehmertum geschaffenen Industrie- und Handelskammern eine Gesamtinteressenvertretung der Arbeiterschaft darstellen, sollen in ihrer Wirksamkeit eingeschränkt und die Rolle der Arbeiterschaft soll in ihren leitenden Instanzen geschwächt werden.

Ziele und Methoden sind genau die gleichen wie z. B. in Jugoslawien (siehe Pressebericht Nr. 2 vom 13. Januar), wo eine im Amt stehende faschistische Regierung einen heimtückischen Kampf gegen die Arbeiterkammern führt. Der österreichische Novellierungsentwurf, dessen Durchführung, wie gesagt, nicht jener Regierung zukommt, die ihn geschaffen hat, schränkt den Geltungs- und Wirkungsbereich der Arbeiterkammern so empfindlich ein, daß man bei Durchführung des Gesetzes in seiner ursprünglichen Form föhlich von einer Beseitigung wichtiger Rechtsgüter der Arbeiter und Angestellten sprechen könnte. Der Entwurf enthält eine Komplikierung und vor allem eine wesentliche Verbeinerung der Durchführung der Wahlen für die Kammern. Da die Wahlkosten dem Entwurf zufolge von den Kammern selbst aufgebracht werden müssen, würde die Anwendung der vorgeschlagenen Wahlordnung eine empfindliche Erhöhung der Kammerbeiträge bewirken. Vielleicht soll auf diese Weise den Arbeitern und Angestellten der Geschmack an den Kammern verdorben werden. Da sämtliche faschistischen Bestrebungen u. a. darauf gerichtet sind, den Einfluß der Gewerkschaften von den öffentlichen Diensten und Unternehmungen fernzuhalten (um dann in den gleichen Diensten unter Zwang eigene faschistische Gewerkschaften zu gründen), werden laut dem Entwurf hauptsächlich Arbeitnehmergruppen der öffentlichen Betriebe von der Kammerangehörigkeit ausgeschlossen (Heil-, Pflege- und Wohlfahrtsanstalten, Fonds, die ausschließlich oder vorwiegend von öffentlich-rechtlichen Körperschaften verwaltet werden, Rundestheater, Post- und Telegraphenbeamte usw.). Der Arbeitsbereich (Begutachtung von Gesetzen usw.) wird so stark eingeschränkt, daß die Tätigkeit der Kammern in den Provinzen einfach lahmgelegt wird. Auch die Verpflichtung der autonomen Behörden, den Kammern auf Verlangen erforderliche Auskünfte zu erteilen und sie in ihrer Wirksamkeit zu unterstützen, wird von dem Entwurf beseitigt. Dazu kommen Einschränkungen der Rechte des Vorsitzenden und besonders eine Einschränkung der Wahlen. Den Kammern wird z. B. jeglicher Einfluß auf die Ausschreibung und Durchführung der Wahlen entzogen.

Der österreichische Kammerentwurf für Arbeiter und Angestellte (die Vereinigung aller Kammerverbände) hat in seinem Gutachten gegen alle diese Veruche energisch Stellung genommen und vor allem verlangt, daß den Kammern die gesetzlich gewährleistete Gleichstellung mit den Handelskammern auch wirklich geboten wird. Darüber hinaus wurden eine Anzahl von Verbesserungen des Kammergesetzes verlangt. Die Kammern und Gewerkschaften — so schreibt „Arbeit und Wirtschaft“, das Organ des österreichischen Gewerkschaftsbundes — werden alles daran setzen, daß erworbene Rechte erhalten bleiben und der notwendige, im Interesse der Arbeiter und Angestellten, aber auch im Interesse der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unseres Volkes liegende Ausbau der Institutionen der Kammern erfolgt.

richte schloß sich eine Aussprache an, an der sich mehrere Kollegen beteiligten und Wünsche und Beschwerden vorbrachten.

Kollege Buchwald beantwortete zunächst die gestellten Fragen, machte Richtigstellungen und ging zur Arbeits- und Lohnfrage über. Redner schildert die gegenwärtige Arbeitslage bei uns, bezeichnet diese als katastrophal und als nicht übersehbar, was in der nächsten Zeit noch alles eintreten wird, wenn nicht Aufrufe an die verschiedenen Industrien vergehen werden. Es ist mit einer weiteren Verschlechterung der Gesamtlage zu rechnen, ganz besonders in der Metallindustrie. Hinzu kommt noch, daß wir in der nächsten Zeit mit Lohnverhandlungen zu rechnen haben, die bis jetzt immer noch verschoben werden konnten. In Verbindung damit, kann, wenn die Arbeitgeber auf einer Lohnreduzierung bestehen sollten, mit schweren Lohnkämpfen gerechnet werden. Voraussetzlich kann angenommen werden, daß sich die in Frage kommenden Instanzen weise zeigen werden und einer Lohnreduzierung nicht zustimmen werden, weil die bisherigen Löhne schon heute so gering sind, daß sie zur Bestreitung der Lebenskosten nicht ausreichen und in keinem Verhältnis zur Vorkriegszeit stehen. Welt angebracht ist eine entsprechende Lohnreduzierung, damit die Arbeiterkraft einigermaßen den Lebensbedürfnissen Rechnung tragen könnte.

Durch vorübergehende Investitionen kann der Wirtschaftslage nicht geholfen werden, es muß eine planmäßige Auftragserteilung und Beiroung der Industrie erfolgen, und führt Vorschläge an, wie es gemacht werden könnte, um eine Belebung der Industrie zu bringen. Solange die stoffliche Erteilung von Bestellungen vor sich geht, ist an eine Besserung der Gesamtlage nicht zu denken. Anschließend daran fordert Referent die Mitglieder mehr zur Kameradschaftlichkeit und Kollegialität auf, wenn wir eine bessere Zukunft erreichen wollen. Dieses kann nur in einem engen Zusammenklus in den Klassenkampfgewerkschaften erreicht werden. In einem Schlußwort macht Kollege Kuzella verschiedene Richtigstellungen und gibt Aufklärung in verschiedenen Angelegenheiten.

Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt und setzt sich aus den Kollegen: Smieskol, Sowa, Kania, Piowczyl und Morcin, cenz für die Jugendgruppe zusammen. Als Delegierte für den Ortsausschuß wurden die Kollegen: Smieskol, Sowa, Kania, Piowczyl, Morcin, cenz, Gruga, Mazurek, Witi, Cebulka, Zemella, Dzel, Roj Union, Roj Alois, Suchn, Schreiber, Czempiel, Goerlich, Plaket und Stiller gewählt. Die Vertrauensmänner in den verschiedenen Betrieben verblieben die alten, in den Stahlwerks-Maschinenbetrieb wurde als solcher Kollege Brauner gewählt. Aus der Wahl der Delegierten zur Bezirksgeneralversammlung gingen die Kollegen wie zum Ortsausschuß hervor, zusätzlich der Kollege Schweda, Schlenhof und Schigulla. Jugendleiter verblieb Kollege Kowaleczyl Alfred. Damit fand die rege Versammlung um 2 Uhr nachmittags ihr Ende.

Das Problem der Arbeitsdienstpflcht aus der Welt geschafft

Als die Wirtschaftskrise in den verschiedenen Ländern ernsthafte Formen anzunehmen begann, wurde auch die Frage der Arbeitsdienstpflcht wieder zum Tagesgespräch. Das Problem ist seither als Diskussionsobjekt nicht mehr verschwunden. Obwohl außer Rußland — das wegen seiner besonderen Verhältnisse nicht in den Rahmen diesbezüglicher Betrachtungen gehört — nur Bulgarien die Arbeitsdienstpflcht eingeführt hat und dort mit diesem System, das als „Erlag“ für die Militärdienstpflcht gedacht ist, sehr schlechte Erfahrungen gemacht werden (besonders von Seiten der Arbeiterschaft), versuchen insbesondere gewisse Kreise in Deutschland aufs neue, die Gelster durch die unbestimmte Forderung auf Einführung der Arbeitsdienstpflcht von der ernsthaften und praktischen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit abzuhalten. Dies ist in Zukunft nicht mehr möglich. Denn es ist nun ein für allemal bewiesen, daß die Arbeitsdienstpflcht nicht nur als Arbeitsform verwerflich, sondern außerdem praktisch unwirksam ist. Würde sie eingeführt, so müßte es sich zeigen, daß sie sich gegen den Zweck richtet, den sie angeblich verfolgt.

Eine vom deutschen Arbeitsministerium einberufene Konferenz, zu der u. a. auch die Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeladen waren, kam nach eingehenden Besprechungen zu einem eindeutig negativen Schluß. Der Referent des Arbeitsministeriums, Dr. Vohfeldt, begann seine Ausführungen damit, daß er klarlegte, was die deutschen Befürworter der Arbeitsdienstpflcht eigentlich damit erreichen wollen: Alle Befürworter haben den gleichen Ausgangspunkt, nämlich die Arbeitslosigkeit. Sie wollen durch den Arbeitsdienst Rüststoffe für die jüngeren Arbeiter erreichen und damit gleichzeitig Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmer freimachen. Die Dauer des Arbeitsdienstes schwankt nach den verschiedenen Plänen zwischen 1 und 2½ Jahren.

In Bezug auf die praktische Durchführung sagte Dr. Vohfeldt, Schwierigkeiten entstanden hauptsächlich daraus, daß nur gemeinnützige Arbeit und auch nur solche zufälligen Charakters — die also normalerweise im freien Arbeitsverhältnis nicht ausgeführt werden können — geleistet werden darf, weshalb wahrscheinlich nur wenige geeignete Arbeiten zu finden sein würden. Das Wesen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise besteht ja darin, daß für die zu große Produktion ungenügender Absatz vorhanden sei. Wohin soll man also mit der zu mobilisierenden zusätzlichen Arbeitskraft? Am eindrucksvollsten war aber die Feststellung, daß die einen ganzen Jahrgang — also rund eine Million — umfassenden Arbeitsarmee etwa 200 000 Menschen als Angestellte für die Aufgaben des Unterrichts, der Arbeitsleistung, Organisation, Verwaltung usw. benötigen würde. Finanziell würde dieser Umstand dazu beitragen, daß an Kosten für jeden Arbeitstag sich pro Beschäftigten 18—20 Reichsmark ergeben würden.

Für die Gewerkschaften erklärte Gen. Graumann, daß die Arbeiter die Arbeitsdienstpflcht grundsätzlich ablehnen und die vorliegenden Pläne auf ihre Einführung energisch bekämpfen. Eine Weiterberatung habe gar keinen Sinn, hingegen soll die Deffektivität eindeutig unterrichtet werden. Auf den gleichen Standpunkt stellten sich die Unternehmer. Der Leiter der Verhandlungen konnte als Ergebnis nur feststellen, daß der Gedanke der Arbeitsdienstpflcht allgemein abgelehnt werde und eine Fortführung der Aussprache nicht in Frage komme.

Rundfunk

Kattowik — Welle 408,7

Mittwoch, 12.10: Mittagskonzert, 15.35: Vorträge, 16.15: Für die Kinder, 17.45: Unterhaltungskonzert, 18.45: Verschiedene Vorträge, 20.15: Zur Unterhaltung, 21.00: Aus Warschau, 23.00: Plauderei in französischer Sprache.

Warschau — Welle 1411,8

Mittwoch, 12.10: Mittagskonzert, 15.35: Vorträge, 16.45: Schallplatten, 17.45: Orchesterkonzert, 18.45: Vorträge, 20.15: Zur Unterhaltung, 21.00: Abendkonzert, 23.00: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 259.

Breslau Welle 325.

11.15: Zeit, Wetter, Wasserstand, Presse.
11.35: 1. Schallplattenkonzert und Klamedienst.
12.35: Wetter.
12.55: Zeitzeichen.
13.35: Zeit, Wetter, Börse, Presse.
13.50: Zweites Schallplattenkonzert.
15.20: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse.
Mittwoch, 16.00: „Der Oberschlesier“ im Januar, 16.15: Zur Unterhaltung, 16.45: Das Buch des Tages, 17.00: Duo, 17.35: Zweiter landw. Preisbericht, anschließend: Jugendstunde, 18.10: Ueberbevölkerung? 18.30: Zu den neuen Erdbildern in Deutschland, 18.50: Kreuz und quer durch D.-S., 19.00: Abendmusik auf Schallplatten (Verdi), 20.00: Wettervorhersage; anschließend: Die Energiequellen Europas, 20.30: Unter uns gesagt (Hörspiel), 21.30: Unterhaltungskonzert, 22.00: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen, 22.15: Aufführungen der Breslauer Oper, 22.30: Volkssport der Zukunft, 22.50: Kabarett.

Mitteilungen

des Bundes für Arbeiterbildung

Vortragsfolge des Bundes für Arb.-Bildung in Schwientochlowitz.

4. Vortrag am 27. Januar 1931, Lehrer Boidol: Wanderung durch unsere oberöhl. Landschaft (mit Lichtbildern).

5. Vortrag am 3. Februar 1931, Lehrer Büchs: Die Glashütte von Wessola und Chr. Ruberg.

6. Vortrag am 10. Februar 1931: Gen. Buchwald: Lichtbildervortrag.

7. Vortrag am 17. Februar 1931, Lehrer Boese: Tiere der Vornwelt.

8. Vortrag am 24. Februar 1931, Lehrer Boidol: Der polnische Jura. Von Diczow b. Czarnochau.

9. Vortrag am 3. März 1931, Gen. Knappik: Berufskrankheiten.

10. Vortrag am 10. März 1931, Dr. Bloch: Vom Urtier zum Menschen.

11. Vortrag am 17. März 1931, Gen. Knappik: Genossenschaftswesen und Eigenunternehmungen.

12. Vortrag am 24. März 1931, Monsti: Klassenkämpfe im Altertum.

Die Vorträge finden jeden Dienstag abends 7½ Uhr, im Lokal Bialas Schwientochlowitz ulica Czarnolesna 25 statt.

Kattowik. Am Dienstag, den 27. d. Mts., abends ½8 Uhr, findet im Saale des Zentralhotels ein interessanter Vortrag „Natürliche Körperpflege“ statt. Referent ist Lehrer Nowinski. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.

Bismarckhütte. Am 4. Februar 1931, abends 7 Uhr, bei Brzajna Vortrag des Genossen Gewerkschaftssekretärs Gorny. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Königshütte. Am Mittwoch, den 28. Januar, abends 7½ Uhr, Vortrag. Als Referent erscheint Lehrer Büchs. Thema: „Aus dem mittelalterlichen Junstwesen“. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht.

Veranstaltungskalender

Kattowik (Monatsplan der S. J. P.).

Die Abende fangen um ½8 Uhr an. Pünktliches Erscheinen Pflicht.

Mittwoch, den 28. Januar: Lichtbildervortrag (Norbert Grigo).

Freitag, den 30. Januar: Theaterprobe.

Sonntag, den 1. Februar: Heimabend.

Montag, den 2. Februar: Gesangstunde.

Mittwoch, den 4. Februar: Monatsversammlung.

Generalversammlungen des Maschinisten- und Heizerverbandes.

Vypink. Am Mittwoch, den 28. Januar, abends 5 Uhr, bei Saale Klotz-uda.

Königshütte. Am Sonntag, den 1. Februar, vorm. 9½ Uhr, im Volkshaus.

Kattowik. Am Sonntag, den 8. Februar, vorm. 9½ Uhr, im Zentral-Hotel.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Dienstag, den 27. Januar: Ernter Abend.

Mittwoch, den 28. Januar: Vortrag B. f. Arb.-Bildung.

Donnerstag, den 29. Januar: Eine Dampferfahrt von Passau bis Wien. Einsteigen ½8 Uhr im Jugendheim.

Freitag, den 30. Januar: Gesang und Volkstanz.

Sonntag, den 31. Januar: Rote Fackeln.

Sonntag, den 1. Februar: Heimabend.

Montag, den 2. Februar: Heimabend.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Myslowitz

Dienstag, den 27. Januar: Brettspiele.

Mittwoch, den 28. Januar: Gesellschaftsspiele.

Donnerstag, den 29. Januar: Ernter Abend.

Freitag, den 30. Januar: Lesestunde.

Sonntag, den 31. Januar: Heimabend.

Es wird pünktlich um 5 Uhr angefangen.

Achtung! Ortsvorstand Groß-Kattowik der D. S. A. P. und Arbeiter-Wellfahrt: Sitzung am Mittwoch, den 28. Januar 1931, abends 7½ Uhr, im Parteibüro.

Groß-Kattowik. (D. S. A. P. und Arbeiterwohl-fahrt.) Am Freitag, den 30. Januar 1931, abends 7½ Uhr, findet die fällige Generalversammlung im Saale des Zentral-hotels statt. Um vollständigen Besuch wird gebeten. Referent: Sejmabgeordneter Gen. Kowoll.

Kattowik. (Kostenloser Esperanto-Lehrkursus.) Anfangs Februar beginnt in Kattowik ein kostenloser Lehrkursus der Esperanto-Sprache für Anfänger. Mündliche und schriftliche Anmeldungen von nur wirklichen Interessenten sind bis spätestens 28. Januar an Paul Marcintowski, Kattowik, ulica Stowackiego 21 zu richten.

Kattowik. (Freidenker.) Am Montag, den 2. Februar, nachm. 3 Uhr, findet im Zentral-Hotel die fällige Monats-versammlung statt, zu der wir auch sämtliche Mitglieder der sozialistischen Jugendgruppen zwecks Besprechung eines bevorstehenden kostenlosen Esperanto-Kurses, herzlich einladen.

Kattowik. (D. M. B.) Am 2. Februar 1931, vormittags 9½ Uhr, findet im Zentral-Hotel (Saal), Kattowice, die Jahres-generalversammlung statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Mitglieder bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dieses kein Zutritt.

Kattowik. (Arbeiter-Schachverein.) Am Sonntag, den 1. Februar, abends um ½7 Uhr, veranstalten die Schachler im Zentralhotel einen Unterhaltungsabend, während welchem die Preisverteilung des letzten Turniers vorgenommen wird. Die Programmzusammensetzung, wie auch die bisherigen Veranstaltungen bürgen für einen sehr angenehmen Abend. Außer der Mitgliedschaft haben auch Sympathiker hierzu Zutritt.

Verantwortlicher Redakteur in Vertretung: Mag Bonzoll, Katowice, ul. Kosciuszki 29; für den Inzeratenteil: Franz Rohner, wohnhaft in Katowice. Verlag und Druck „Vita“, naklad drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, ulica Kosciuszki 29.

Zawodzie. (D. S. A. P.) Die Mitgliederversammlung des Ortsbereichs Zawodzie, findet am 2. Februar, vormittags 9 Uhr bei Porzch statt. Referent: Genosse Kowoll. Anschließend Bergarbeiterversammlung. Um vollständiges Erscheinen wird ersucht.

Eichenau-Rosdzin. (Freier Schachverein.) Sonntag, den 1. Februar, nachmittags um ½4 Uhr, Versammlung im neuen Vereinslokal Raptur. Anschließend Turnieraussagung nebst Kommers.

Königshütte. (Faschingsvergnügen.) Der Arbeiter-Radfahrer-Verein „Solidarität“ veranstaltet am Montag, den 2. Februar (Maria Lichtm.) im großen Saale des Volkshauses in Königshütte, ulica 3-go Maja 6, ein Tanzkränzchen. Mithin erlauben wir uns sämtliche Kulturvereine, Gewerkschaften, Parteigenossen, -Genossen, Freunde und Gönner zu diesem Feste einzuladen. Da die Preise vollständig gehalten sind, ist es einem jeden geboten an diesem Feste teilzunehmen. Also unterstützt auch dieses Mal die freien Radler.

Königshütte. (Touristen-Verein „Die Naturfreunde“.) Mittwoch, abends 8 Uhr, findet im Volkshaus die Vorstandssitzung statt.

Neudorf. (D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.) Am Sonntag, den 1. Februar, nachmittags 3 Uhr bei Gorkki, findet die Generalversammlung statt. Um vollständiges Erscheinen wird ersucht. Referent: Genosse Sejmabgeordneter Kowoll.

Schlesiengrube. (D. S. A. P. und Arbeiterwohl-fahrt.) Am Montag, nachmittags 2 Uhr, bei Spyrta Generalversammlung. Die Genossen und Genossinnen von Lipine werden ersucht teilzunehmen. Referent: Genosse Raiwa.

Kosuthna. (Arbeiterwohlfahrt und D. S. A. P.) Montag, den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr, General-versammlung bei Weiß. Referent: Genosse Gorny. Um zahlreiche Beteiligung auch der Gewerkschaftler wird gebeten.

Zawada. Die Mitgliederversammlung der D. S. A. P. findet am Sonntag, den 1. Februar, nachmittags 4 Uhr, im bekannten Lokale statt. Die Genossen von Belf, Jawisz und Umgehend sind freundlichst eingeladen. Referent: Genosse Raiwa.

Bieliq: „Wo die Pflicht ruft!“

Wochenprogramm der Arbeiterjugend Bieliq.

Dienstag, den 27. Januar, um ½8 Uhr abends, Theatergemeinschaf.

Mittwoch, den 28. Januar, um 7 Uhr abends, Gesangs- und Spielabend.

Donnerstag, den 29. Januar, um ½8 Uhr abends, Handarbeit für Mädchen, 8 Uhr abends: Diskussionsabend.

Freitag, den 30. Januar, um ½8 Uhr abends Musikprobe.

Samstag, den 31. Januar, um 6 Uhr abends Vortragsabend.

Sonntag, den 1. Februar, um 4 Uhr nachm., Gesangs- und Spielabend.

Jungen und Mädchen der Arbeitersklasse!

Wenn ihr nun das Bedürfnis empfindet, in unsere Reihen einzutreten, so kommt in unsere Ortsgruppe. Ihr seid dort herzlich willkommen! Die Einschreibgebühr beträgt 50 Groschen, der Monatsbeitrag 50 Groschen. Es steht euch frei, alle unsere Veranstaltungen (Vorträge, Gesangsabende, Spielabende, Musikproben usw.) zu besuchen. Vor allem aber seid ihr dann Mitglieder unserer Organisation, das heißt Mitstreiter in unserem Kampfe! — Mitgliedsaufnahmen finden an allen oben genannten Veranstaltungen im Vereinszimmer (Bibliothek) Bieliq, Republikanska 6, statt.

Bieliq. (Samariterverein.) Am Sonntag, den 31. Januar veranstaltet obiger Verein im Schießhauscafe ein Maskenball-Vergnügen, wozu auch die Sympathiker eingeladen sind. Kartenvorverkauf ab Montag in der Rettungsstation.

Bieliq. (Wahlverein „Vorwärts“.) Donnerstag, den 29. d. Mts., findet um ½7 Uhr abends, die fällige Vorstandssitzung statt. Vorstandsmitglieder erscheint alle!

Nitelsdorf. (A. G. B., „Eintracht“.) Montag, den 2. Februar, findet um ½10 Uhr vormittags im Saale Genfer, die fällige Generalversammlung statt. Vollständiges Erscheinen aller ausübenden, sowie unterstützenden Mitglieder ist Pflicht.

Eröffnungsanzeige!

Der Vorstand des Arbeiter-Konsum-Vereins in Bielsko gibt den P. T. Mitgliedern bekannt, daß ab Samstag, den 24. Jänner 1931 in Bielsko auf der ulica Sobieskiego (Josefstraße) Nr. 4 eine

FLEISCHEREI

errichtet wurde. Dortselbst sind alle einschlägigen Fleisch-, Wurst- u. Selchwaren erstklassiger Qualität, zu Konkurrenzpreisen, erhältlich.

Um recht zahlreichen Zuspruch bittet Der VORSTAND



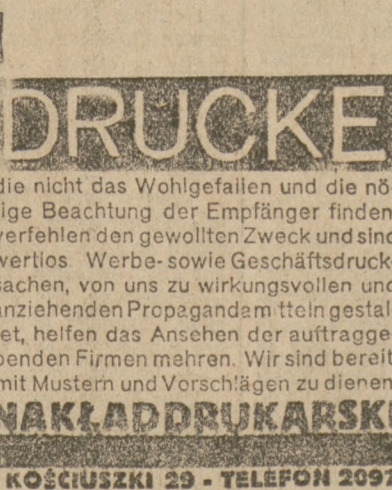
WERBE
DRUCKE
die nicht das Wohlgefallen und die nötige Beachtung der Empfänger finden, verfehlen den gewollten Zweck und sind wertlos. Werbe- sowie Geschäftsdrucksachen, von uns zu wirkungsvollen und anziehenden Propagandamitteln gestaltet, helfen das Ansehen der auftraggebenden Firmen mehren. Wir sind bereit mit Mustern und Vorschlägen zu dienen.

VITA
KATOWICE, KOŚCIUSZKI 29 - TELEFON 2097



WERBE
DRUCKE
die nicht das Wohlgefallen und die nötige Beachtung der Empfänger finden, verfehlen den gewollten Zweck und sind wertlos. Werbe- sowie Geschäftsdrucksachen, von uns zu wirkungsvollen und anziehenden Propagandamitteln gestaltet, helfen das Ansehen der auftraggebenden Firmen mehren. Wir sind bereit mit Mustern und Vorschlägen zu dienen.

VITA
KATOWICE, KOŚCIUSZKI 29 - TELEFON 2097



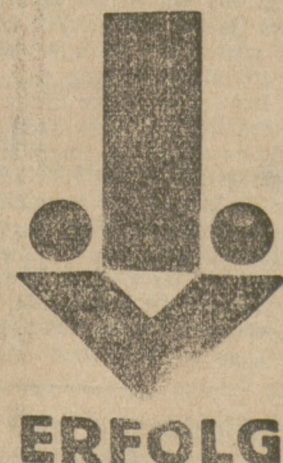
WERBE
DRUCKE
die nicht das Wohlgefallen und die nötige Beachtung der Empfänger finden, verfehlen den gewollten Zweck und sind wertlos. Werbe- sowie Geschäftsdrucksachen, von uns zu wirkungsvollen und anziehenden Propagandamitteln gestaltet, helfen das Ansehen der auftraggebenden Firmen mehren. Wir sind bereit mit Mustern und Vorschlägen zu dienen.

VITA
KATOWICE, KOŚCIUSZKI 29 - TELEFON 2097

Bolles blühendes Aussehen

und schnelle Gewichtszunahme durch Kraftnährpulver „Vitalin“. Besteres Stärkungsmittel für Blut, Muskeln und Nerven. 1 Sch. 6 z, 4 Sch 20 z. Ausführl. Broschüre Nr. 6 kostenfrei.

Dr. Gebhard & Co. Danzig.



ERFOLG

im Geschäftsleben der Gegenwart kann nur derjenige haben, der ständige Kundenwerbung als das Prinzip seines Handelns aufstellt. Als bestes Mittel hierzu hat sich bis jetzt das Zeitungs-inferat erwiesen. Eine Anzeige im „Volksmille“ beweist dies.



PALMA
KAUTSCHUK - ABSATZ
UND - SOHLE
WETTERFEST - ELASTISCH -
HYGIENISCH

Seiten- und Schuhcrem-Fabrikation

im Hause richten wir ein.

Dauernde und sichere Existenz, besondere Räume nicht nötig. Auskunft kostenlos! Rückporto erwünscht!

Chemische Fabrik Heinrich & Munkner
Zeitz-Adylsdorf